

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 35 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. ausschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Einzelnenpreise:
Die 8spaltige Beilage 25 Pf., für auswärtig 30 Pf., die 2spaltige Postbeilage 20 Pf., die 2spaltige Markt- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32 **Publications-Organ der Freien Gewerkschaften** Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 39 Danzig, Sonnabend den 30. September 1916 7. Jahrgang

Die Völkerschlacht

Von Richard Gäble, Oberst a. D.

Zur Zeit tobt der Kampf in schwersten Schlachtengewittern auf allen Fronten, die von den Heeren der verbündeten Mittelmächte beschriftet werden, und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Es wäre nicht richtig, zu sagen, daß unsere Gegner zum erstenmal den Versuch machen, uns durch eine gemeinschaftliche, gleichzeitige Anstrengung von allen Seiten niederzuwerfen; ähnliche Lagen haben sich vielmehr schon wiederholt in den 26 Monaten des Krieges ergeben — so mehrfach im Winter 1914 und im Frühjahr wie im Herbst 1915. Aber allerdings sind sie noch niemals nach so riesigen, sorgfältigen Vorbereitungen, mit so gewaltigen Massen, mit solcher Entschlossenheit, ohne jede Rücksicht auf die blutigsten Verluste unternommen worden wie diesmal. Den ganzen Sommer hindurch dauerte bereits das verzweifelte Ringen, unterbrochen nur durch längere oder kürzere Atempausen, in denen die Gegner Kraft sammelten zu neuen Anläufen von wachsender Stärke. Es scheint, als ginge der Kampf im September erst seinem Höhepunkt entgegen. Zugleich dürfen wir eine Verschiebung des Schwerpunktes wahrnehmen. Wenn die Hauptschlacht während des Jahres 1915 in sieglosem Andrängen und in aufreibenden Rückzügen von den Russen getragen wurde, gehen nunmehr die entschlossensten Stürme großer Massen von unseren westlichen Gegnern aus. Der Dienstzwang in Großbritannien, die Heranziehung immer stärkerer Kräfte aus dem großen französischen Kolonialreich und die Ausbeutung der heimischen französischen Volkskraft bis auf den letzten Bodensatz machen sich in steigendem Maße geltend. Daraus folgt dann, daß auch für uns die schwersten Kämpfe augenblicklich im Westen ausgefochten werden. So ist auch die neueste Offensive unserer Gegner an der Westfront begonnen und an der Westfront mit der nachhaltigsten Anstrengung genährt worden; allmählich haben sich auch Russen und Italiener wieder angeschlossen, und erst spät haben sie die Kraft zu einem Angriff auf ganz breiter Front gefunden. Dem großen Stoße der Franzosen und Engländer vom 24. August entsprachen noch keine entsprechenden Versuche der Russen und der Italiener; erst mit dem Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg begannen auch sie sich wiederum mächtig zu regen. Die Russen insbesondere werfen sich seit Ende August mit zunehmender Gewalt auf die Karpatenfront, und nicht ohne zeitweise Erfolge, während die Rumänen von Osten und Süden her die siebenbürgischen Grenzgebirge überschritten. Mit dem Beginn des September hat dann die gewaltige Sommerschlacht an die größte wohl der Weltgeschichte, die im Laufe der vergangenen Woche zu immer gewaltigerer, noch nie erreichter Stärke ansetzte.

Allmählich wurden aber auch die Russen mit ihren Vorbereitungen fertig; ihre durch die Juli- und Augustkämpfe arg zerkleinten Regimenter waren neu aufgefüllt, neue Geschossmengen zur Front geschleppt worden, und so setzten sie an den verschiedensten Stellen der deutsch-österreichischen Südostfront zu Massenstößen an, deren Zahl, Breite, Gleichzeitigkeit sich zusehends vermehrten. Noch längere Zeit aber blieb der Durchbruch durch die Karpaten ihr wesentliches Angriffsziel, das von der verstärkten und umgruppierten 2. Armee des Generals Beschihi mit Ungeheim verfolgt wurde.

Vom 7. September an wandte sich dann auch General Cadorna, der sich eine Zeitlang in den verschiedensten Einzelunternehmungen zerstückelt hatte und auch die Tiroler Front ernstlicher zu bedrohen schien, erneut, zunächst aber nur mit verstärkten Feuerangriffen, dem küstländischen Gebiete der Karsthochfläche zu. Offenbar hatte er die Verstärkung seiner lebenden Streitkräfte noch nicht ganz beendet.

Am Dienstag den 12. September erneuerten Engländer und Franzosen nach zweitägiger Pause mit neu herangezogenen Divisionen den größten und schwersten ihres bisherigen Durchbruchversuche, und am gleichen Tage erreichten die russischen Angriffe in den Karpaten ihren Höhepunkt, den sie mit zeitweiltem Abflauen bis zu diesem Tage zu behaupten versuchten. Während die Sommerschlacht ohne Unterlaß mit gleicher Wut, gleicher Erbitterung fortgesetzt wurde, zeigte das am 15. September einsetzende Trommelfeuer an, daß auch General Brusilow seine Juni-offensive in größtem Maßstabe zu wiederholen gedachte. Am 16. September stieß er mit Massenstößen gleichzeitig gegen die Armee Terztyanski, südwestlich Luzl, gegen die Armee Boehm-Ermolik in der Gegend von Zborow, gegen die Armee Bothner an der Flota Lipa und Marajonka, gegen Koveseß nördlich Stanislaw vor, während die Karpatenangriffe unentwegt fortdauereten. Schon am 14. September war Cadorna fertig; seine dritte Armee (Herzog von Aosta) wogte in unzähligen Wellen südlich der Wipack bis zum Adriatischen Meere gegen das östliche Karstgebiet heran, das die unerschütterlichen Truppen des Generals Borowic verteidigten.

Die allgemeine Schlacht war im Gange und geht voraussichtlich weiter; sie hat sich am 17. September an der Somme bis zu einer Breite von 45 Kilometer ausgedehnt, wobei wir nicht vergessen wollen, daß während all dieser kampferfüllten Tage immer wieder zeitweise heftige Vorstöße der Franzosen auch östlich der Maas erfolgten. Für den, der dieses ganze weite Gebiet mit einem Blick von oben zu umfassen vermöchte, ein furchtbares, grauenerregendes Schauspiel. Noch niemals hat die Erde so vieler blühender Männer Blut getrunken wie in diesen Tagen.

Wenn es die Absicht unserer Gegner war, durch den gleichzeitigen Druck ungeheurer Massen, durch das rücksichtslos eingesezte Uebergewicht der Zahl uns die eigene Entschlußfreiheit zu rauben, uns in die reine Abwehr zu drängen und unsere Scharen schließlich überall durch Blutverlust und Müdigkeit zu lähmen, dann ist diese Absicht nicht erreicht worden, dem allgemeinen, gleichzeitigen Einsatz aller ihrer Kräfte bisher der Erfolg versagt geblieben. Es kann nicht geahnet werden, wenn wir nicht in eisse Ruhmredigkeit verfallen wollen, daß die feindliche Uebermacht an Eisen und an Männern uns zeitweise ernste Lagen geschaffen hat, die nur der unübertrefflichen Opfermut des deutschen Soldaten zu überwinden vermochte; es darf auch nicht abgestritten werden, daß die vergangene Woche Franzosen und Engländer ansehnlichen Raumgewinn und eine Beute an Gefangenen und Geschützen gebracht hat. Aber während ihnen das Ziel jedes Entscheides suchenden Angriffes, der Durchbruch durch unsere Front, der Stoß bis ins Leere versagt blieb, konnten sie nicht verhindern, daß immer neue deutsche Kräfte in die Heere unserer Verbündeten im Südosten eingeschoben wurden und dort den undurchdringlichen Eisenwall schufen, an dem alle Stürme der Russen unter furchtbarsten Verlusten scheiterten. Ebensovienig konnten sie verhindern, daß deutsche Truppen dem bedrohten Siebenbürgen zu Hilfe eilten und den Vormarsch der Rumänen im wesentlichen zum Halten gebracht haben. Nur in der Südostecke des Kronlandes, dort, wo Karpaten und transilvanische Alpen zusammenstoßen, sind sie etwas tiefer eingedrungen und konnten am 17. September bis zum Kotelschuh vorrücken (rund 80 Kilometer von der Grenze).

Noch entscheidender aber ist es, daß während dieser wütenden Angriffe aller unserer Gegner ein gemischtes Heer aus Deutschen, Bulgaren und Lurken sich die Vorhau an sich riß und unter Mackensens Befehl in die Dobrudscha einbrach. Nach den siegreichen Kämpfen bei Dobric, nach der Erstürmung von Tutraklan und der Besetzung von Silistria ist es weiter nach Norden vorgedrungen und hat ein starkes rumänisch-russisches Heer am 14. September in der Linie Oltinasec—Cusgan—Cara-Omer geschlagen. Acht rumänische Divisionen sind bereits schwer geschädigt und teilweise vernichtet, zwei russische Infanterie- und Reiterdivisionen in die Niederlage verwickelt worden. Zurzeit steht Mackensen in Erfolg versprechenden Kämpfen in noch 15 Kilometer südlich der wichtigen Bahn Czernawo—Constanza. Der feindliche Angriffsplan im Südosten empfindlich durchkreuzt worden und Rumänien aus einem Bedrohten zu einem Bedrohenden geworden.

Dieser totraktige Angriff konnte unbekümmert um die Saloniki-Armee durchgeführt werden, die sich nur zu schwächlichen Anläufen aufraffte und nur auf ihrem linken Flügel, westlich des Ofrawo-Sees, am 14. September durch die Serben einen gewissen Erfolg errang. Ob Sarrail oder Gouraud ihre weiteren Operationen leiten wird, das Verhängnis im Norden wird keiner von ihnen aufzuhalten vermögen.

Kriegsnachrichten

Englische Kriegsziele.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt einen Artikel aus dem Septemberheft der „National Review“, der Forderungen enthält, die an Deutschland im Falle seiner Niederlage gestellt werden müßten. Wir entnehmen ihm folgende Stelle:

„Deutschlands Kolonien werden unter den Mächten, die sie erobert haben, aufgeteilt werden. Belgien muß wiederhergestellt werden und nach Osten einige Meilen Gebietszuwachs erhalten. Auch muß Vahen und sein prächtig gebühendes Nachbargebiet zeitweise dem belgischen Königreiche einverleibt werden, mag aber an Deutschland zurückfallen, wenn die den Deutschen auferlegte Entschädigung rechtzeitig bezahlt wird. Das Großherzogtum Luxemburg, dieser Anachronismus, müßte dem belgischen Königreiche einverleibt werden, jedoch könnte es gewisse selbständige Rechte und aus der deutschen Kriegsentchädigung einen Teil erhalten, nämlich zehn Millionen Pfund. Ferner sollte ihm wieder das Recht verliehen werden, Festungen zu errichten. In übrigen muß, was die Kriegsentchädigung betrifft, Deutschland an Belgien 100 Millionen Pfund als Strafe wegen Vertragsbruchs zahlen und weitere 500 Millionen zum Ausgleich für alle an Leben, Gesundheit, öffentlichem und privatem Eigentum zugefügten Schäden. Entsprechende

Entschädigungen hat Deutschland selbstverständlich an Großbritannien, Frankreich und Rußland zu entrichten. Elsaß-Lothringen kommt an Frankreich zurück, dazu das Saarthal sowie Erier nebst Umgebung. Welche Entschädigung die Franzosen im übrigen verlangen, müssen sie noch sagen. Ganz Preussisch-Polen wird Russisch-Polen einverleibt, also sowohl die Provinz Posen wie ein Teil Westpreußens fallen an Rußland, und eine Grenzberichtigung auf Kosten von Ostpreußen tritt ein (rechtes Memelufer und Zugang zu den Masurenischen Seen). Ferner hat Deutschland seinen ganzen Flottenbestand auszuliefern, Schlachtschiffe, Kreuzer, Zerstörer sowie Unterseeboot- und ferner Handelsschiffe als Ersatz für die von ihm gegen das Völkerrecht verferteten Schiffe. In Betracht kommt ferner die Uebergabe von Handelsschiffen als Ausgleich für die der neutralen Schifffahrt ungelegentlich zugefügten Schäden. Alle gekaperten deutschen Handelsschiffe bleiben Eigentum der Verbandsmächte.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mißt diesen Auslassungen nicht ohne Grund eine große Bedeutung bei.

Wieder ein Luftschiffangriff auf England.

Aus Berlin meldet das W. T. B. amtlich: In der Nacht zum 24. September haben mehrere Marine-Luftschiffgeschwader London und militärische wichtige Plätze am Humber und in den mittleren Grafschaften Englands, darunter Nottingham und Sheffield, ausgiebig mit Bomben belegt. Der Erfolg konnte überall in starken Bränden beobachtet werden, die noch lange nach Abflug sichtbar waren. Die Luftschiffe wurden auf dem Anmarsch vor dem Ueberschreiten der englischen Küste von Bewachungsfahrzeugen und beim Angriff selbst von zahlreichen Abwehrbatterien außerordentlich stark mit Brandgeschossen unter Feuer genommen und haben einige der Batterien durch gut liegende Salver zum Schweigen gebracht. Zwei Luftschiffe sind dem feindlichen Abwehrfeuer über London zum Opfer gefallen, alle übrigen unbeschädigt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Russischer Flugzeugangriff.

Aus Berlin meldet das W. T. B. amtlich: Am 23. September früh griffen drei russische Großflugzeuge die Seeflugsstation Andernsee ohne Erfolg an. Eins unserer Kampfflugzeuge brachte bei der Verfolgung einen dieser feindlichen Doppeldecker östlich von Dinamünde zum Absturz. Unsere Flugzeuge sind sämtlich wohlbehalten zurückgekehrt.

Neuer Unterseeboots-Typ

Aus London melden die „Baseler Nachrichten“: Die Marinekritiker berichten über das Auftauchen eines neuen Unterseeboots-Typs auf deutscher Seite. Die Zahl ihrer Torpedos ist um ein mehrfaches gestiegen. Sie können von allen Seiten gleichzeitig abgefeuert werden.

Frankreich.

Die Sozialisten zu en Kredite. Die parlamentarische Gruppe der unifizierten Sozialisten hat, nach einer Savas-Meldung, mit Ausnahme von Blanc, Brizon und Rassin-Dugens eine Erklärung angenommen, die bei der Erörterung der vorläufigen Kredite verlesen werden soll. Die Erklärung erinnert daran, daß die unifizierten Sozialisten am 4. August 1914 für die Kredite gestimmt hätten, um Frankreich gegen einen tödlichen Angriff zu schützen und zu vertheidigen. Sie würden auch heute dafür stimmen, weil das angegriffene Frankreich seine Unabhängigkeit sichern und Europa vor jeder Bedrohung mit einer Hegemonie bewahren müsse. Trotz zufälliger unbedeutender persönlicher Meinungsverschiedenheiten, die nur ihre Urheber bände, stimme die Partei weiter darin überein, zu erklären, daß nicht ein Sozialist einen Frieden annehmen konnte, der Frankreich verstümmelt oder verkleinert ließe. Wir werden daher, heißt es in der Erklärung weiter, für den Kredit stimmen, denn wir sind zu allen Anstrengungen bereit, um die Unversehrtheit des Gebietes Frankreichs zu sichern und für Elsaß-Lothringen die Wiederherstellung des 1871 zertretenen Rechts sicherzustellen, um die vollständige politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Belgiens und Serbiens zu sichern und um die Gewißheit eines dauerhaften Friedens zu erlangen. Die Erklärung schließt: „Es hängt von den Regierungen der Alliierten ab, die Stunde dieses Friedens des Rechts zu beschleunigen, ebensovien durch eine kräftige und zusammenarbeitende Führung ihrer militärischen Handlungen wie durch eine diplomatische Tätigkeit von völliger Klarheit, indem sie dafür sorgen, die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Bedingungen zu lenken, welche die Unabhängigkeit der Nationen sichern und eine Organisation der internationalen Gerechtigkeit vorbereiten.“

— Bewilligung weiterer Kriegskredite. Die Kammer setzte die Beratung über die provisorischen Budgetmittel fort. Nach der Verlesung der Erklärung der vereinigten Sozialisten, die wir an anderer Stelle bringen, nahm die Kammer die Vorlage der provisorischen Anwalts mit 448 gegen 4 Stimmen an. Außer den drei Sozialisten Blanc, Brizon und Rassin-Dugens scheint also noch ein bürgerlicher Abgeordneter gegen die Kredite gestimmt zu haben.

Reichskonferenz der Sozialdemokratie

Vom 21. bis 23. September tagte in dreitägiger Beratung im schönen Sitzungssaal des Haushaltsausschusses des deutschen Reichstages unsere Reichskonferenz. Sie sollte aus dem Kriegswirren, die die Partei seit langem schwer erschütterten, den Ausweg suchen. Dort, wo es keine Beschränkungen des Befehlsgewaltigen und völlige Freiheit der Rede gab, sollte sich entscheiden, ob, wie die Minderheit bisher behauptete, die Verteidigung unserer Volksgemeinschaft eine verräterische Abkehr von den Grundsätzen und der sozialistischen Taktik der Partei war. Seltsam genug wollte die Minderheit auch wieder nicht, daß die Konferenz zu Entschlüssen kam, die die Partei verpflichteten. Und so werden in den drei Tagen, in denen 307 Vertreter der Wahlkreise neben den Reichstagsabgeordneten, dem Parteivorstande, dem Parteiausschuß und der Kontrollkommission für die Öffentlichkeit nach Lage der Kriegsverhältnisse so gut wie geheim berieten, manche heißen Wünsche der Genossen vom Berliner Reichshause Klarheit und Wahrheit ersehnt haben. Wie viele mögen von der bange Frage bewegt worden sein, ob der unselige Bruderzwist beigelegt werden oder sich zum unheilbaren Riß durch die ganze Partei erweitern würde. Und darüber besteht kein Zweifel: eine sehr gründliche Aussprache hat stattgefunden. Das Für und Wider wurde nach allen Richtungen erörtert und geprüft. Niemand konnte sich unter Berufung auf die Beschränkungen des Kriegszustandes zurückhalten. Was Wunder, wenn auch die Leidenschaften zeitweilig heftig aufeinanderprallten. Es gab stürmische Szenen, in denen die Empörung über den Zwiespalt und ungenüßliche Kampfesweise und der Schmerz über häßliche Verwundungen im Bruderkampfe hoch aufloderten. Schließlich stand in diesen blutdurchtränkten Tagen auch nicht bloß das Schicksal der Partei, sondern das der ganzen Volksgemeinschaft, in der die deutsche Sozialdemokratie wurzelt, zur Entscheidung. Darum mochte im Grunde der Redekampf. Scheidemann und Eberl vertraten als Referenten des Mehrheitsstandpunktes mit vollwertigen Gründen die Überzeugung, daß die Sozialdemokratie dadurch, daß sie sich im Kampf um seine Selbsterhaltung neben ihr Volk stellte, auch sozialistisch ihre Pflicht und Schuldigkeit tat. Haase sprach für die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft allein 3 1/2 Stunden, fast noch einmal so lange, als beide Vorredner zusammen. Ihm gelang in keiner Weise der Beweis für die Notwendigkeit der Abspaltung und noch weniger der, daß die Politik der Mehrheit die Verleugnung des Sozialismus bedeute. Seine lange Rede war wohl selbst für manche seiner Anhänger eine schwere Enttäuschung. Völlig mißlang ihm der Nachweis, daß die Spaltung der Fraktion wegen grundsätzlicher Gewissensnöde unvermeidlich war. Ja nicht einmal dieser Versuch wurde von ihm gemacht! Es erregte höchste Heberausfassung, als Haase sogar behauptete, seine Freunde wären nicht aus eigenem Antriebe aus der Fraktion gegangen. So entschleierte er und andere Minderheitsredner in dankenswerter Weise, daß sie keine besonderen Geheimnisse und auch keine Wege zum schnelleren Frieden wissen. Der Redner traf durchaus das Richtige, der gegen Haase erklärte, ein einigermassen geschickter Sprecher hätte keine Ausführungen in vollem Umfange in jeder Versammlung vortragen können. Und trotzdem kam es im März doch zur Spaltung. Ueber die Gründe dafür wollen wir uns zurzeit in der Erwartung, daß die Reichskonferenz doch einigend wirken möchte, nicht näher äußern. Leider gibt das schroffe Auftreten manches Redners der Minderheit und besonders der Vorwärts dieser Hoffnung keine starke Grundlage. Er sucht aus der Tatsache, daß der Antrag der Minderheit, daß nicht über sachliche Anträge beschloffen werden dürfe, mit 275 gegen 168 Stimmen abgelehnt wurde, herauszurechnen, daß die Minderheit beinahe die Mehrheit hatte. Wollte die Minderheit eine einwandfreie sachliche Gruppierung, so hätte sie es auf eine wirklich entscheidende Abstimmung ankommen lassen müssen. Dies tat sie aber weder bei dem Antrage David über die Grundstellung der Partei im Kriege, noch beim Antrage Auer, der die Zustimmung zu den Kriegskrediten billigte. Sie enthielt sich hierbei, ja unverständlicherweise sogar beim Protest gegen die Zensur und das Ausnahmerecht des Krieges

und auch bei den sozialpolitischen Forderungen der Abstimmung. Für die Referentin der sogenannten Gruppe Internationale, Frau Dr. Käthe Dunder, gab es leider fast nur in beleidigend provozierenden Ausdrücken die Forderung der Spaltung. Es war unfassbar, in welcher Sprache diese Frau sich ergehen zu dürfen glaubte. Die Konferenz hat mit großer Mehrheit die praktische Politik im Dienste der Selbsterhaltung unseres Volkes gebilligt und damit eine historische Aufgabe erfüllt. Die jetzt mögliche berufene Vertretung der Partei hat nach gründlicher Ermägung aller Gesichtspunkte in voller Freiheit gesprochen. Demokratische Pflicht ist es, in dieser Richtung einig in der Partei und damit für die schnellste Erreichung eines ehrenvollen Friedens zu arbeiten.

Wir lassen eine Uebersicht über die gefassten Beschlüsse folgen:

Es wurde der Antrag Haase und Genossen:

„Da die Reichskonferenz nach dem Organisationsstatut der Partei keine Berechtigung hat, über sachliche Anträge zu beschließen, beantragen wir: eine Beschlusfassung über sachliche Anträge ist abzulehnen“.

In namentlicher Abstimmung mit 275 gegen 168 Stimmen abgelehnt. Darauf erklärten die beiden Oppositionsgruppen, sich an den weiteren Abstimmungen nicht zu beteiligen.

Darauf wurde mit 251 gegen 5 Stimmen folgendes von Dr. David und Genossen eingebrachtes Manifest zur Friedensfrage von der Konferenz beschlossen (15 Stimmen waren unglücklich):

„Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anerkennt die Pflicht der Landesverteidigung. In der Ueberzeugung, daß nur durch entschlossenes Zusammenstehen in diesem Kampfe gegen eine Welt von Feinden das Deutsche Reich vor Zerstörung, vor politischer und wirtschaftlicher Knebelung bewahrt werden kann, hat die Sozialdemokratie sich zu Beginn des Krieges in Reich und Glied mit der Gesamtheit des deutschen Volkes gestellt. Noch immer ist dieser Krieg für Deutschland ein Verteidigungskrieg, noch immer gilt es, schwere Gefahren, die unserem Lande drohen und die die Arbeiterschaft nicht zuletzt treffen würden, abzuwehren.“

Wir danken unseren Brüdern im Felde, die auf allen Fronten dem Antium feindlicher Uebermacht tapfer standhalten. Die Sozialdemokratie ist nach wie vor entschlossen, auszuharren in der Verteidigung unseres Landes, bis die Gegner zu einem Frieden bereit sind, der die politische Unabhängigkeit, die territoriale Unverletzlichkeit und die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands gewährleistet. Sie weist alle gegen das Deutsche Reich und seine Verbündeten gerichteten Vernichtungs- und Eroberungsziele der feindlichen Mächte zurück. Ebenso entschlossen aber wendet sich die Sozialdemokratie auch gegen die Treibereien und Forderungen derer, die dem Krieg den Charakter eines deutschen Eroberungskrieges geben wollen. Sie verwirft grundsätzlich jede Politik und verurteilt sie auch deshalb aufs schärfste, weil sie den Widerstand der gegen uns kriegführenden Mächte stärkt, die Bestrebungen der Kriegstreiber im Ausland fördert und so zur Verlängerung des Krieges beiträgt.

Die Sozialdemokratie stellt die Wahrnehmung der Interessen und Rechte des eigenen Volkes beim Friedensschluß an die Spitze ihrer Kriegsziele. Sie fordert aber auch die Beachtung der Lebensinteressen der anderen Völker in der Ueberzeugung, daß nur ein solcher Friede die Gewähr der Dauer in sich trägt. Die Sozialdemokratie tritt für alles ein, was geeignet ist, die europäischen Staaten auf den Weg zu einer engeren Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft zu führen. Das Ideal eines dauernd gesicherten Weltfriedens bleibt der Leitstern ihrer Politik.

Getreu dieser grundsätzlichen Auffassung, hat die deutsche Sozialdemokratie ihre Friedensbereitschaft während des Krieges bekräftigt und bestätigt. Die Reichskonferenz behauptet, daß diese Bemühungen bei den Gegnern nicht den erhofften Widerhall gefunden haben. Nicht nur daß die leitenden Staatsmänner der feindlichen Mächte jeden Gedanken an Frieden bis jetzt scharf zurückgewiesen und mit Verschmäherungs- und Eroberungsdrohungen beantwortet haben, auch die offiziellen Vertreter der französischen Sozialdemokratie und der englischen Arbeiterpartei haben sich in dem gleichen friedensfeindlichen Sinne immer wieder ausgesprochen. Den für die Weigerung eines Zusammenkommens mit uns angeführten Grund, die deutsche Sozialdemokratie mache sich dadurch, daß sie zu ihrem Lande steht, zur Mitschuldigen an einem angeblichen „Ueberfall Deutschlands auf Rußland und Frankreich“, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück, denn Deutschland war infolge der allgemeinen Mobilmachung Rußlands vom 31. Juli 1914 aufs schwerste bedroht.

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der arbeitenden Volksmassen aller Länder auch in Zukunft den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung in enger Fühlungnahme miteinander führen müssen, halten wir den Wiederaufbau einer arbeits- und kampfstarken sozialistischen Internationale für notwendig. Die Reichskonferenz billigt darum das Bestreben der deutschen Parteileitung, die zerrissenen Fäden wieder zu knüpfen.

Indem die deutsche Sozialdemokratie die Verantwortung für die Verlängerung dieses Krieges mit seinen unermesslichen Opfern an Menschenleben und Kulturgütern denen zuschiebt, die sich einem baldigen Frieden widersetzen, spricht sie die Hoffnung aus, daß in allen beteiligten Ländern ein wachsender Wille der breiten Volksmassen auf Beendigung des furchtbaren Blutvergießens sich durchsetzt. Von der deutschen Regierung aber fordert sie, daß sie unaußgesetzt bemüht ist, dem Kriege ein Ende zu machen und dem Volke den langersehnten Frieden wiederzugeben.“

Es folgte die Abstimmung über den Antrag Auer-München und Genossen:

„Die Reichskonferenz billigt die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.“

Die Reichskonferenz mißbilligt das Sondervorgehen eines Teils der Fraktion, das zur Abspaltung von der Gesamtkonferenz geführt hat und den Zusammenhalt der Partei auf das schwerste gefährdet.“

(Angenommen mit 218 gegen 3 Stimmen, bei 3 Enthaltungen. Die 98 anwesenden Reichstagsabgeordneten nahmen an dieser Abstimmung über die parlamentarische Taktik nicht teil.)

Folgende u. a. von Heine, Schöpflin, Gradnauer, Robert Schmidt, Dr. Vensch, Limm, Heinert, Auer, Keil, Sachse, Meerfeld, Bock, Kolb unterzeichnete Entschliessung wurde ohne Gegenstimmen angenommen:

„Die Konferenz verurteilt die Ausnutzung des Kriegszustandes zur Unterdrückung politischer Meinungsäußerungen, insbesondere die Handhabung der Zensur und die Verhaftungen aus politischen Gründen. Sie bedauert die Verurteilung Liebknechts und die gegen ihn ausgesprochene Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. So entschieden sie die Gemeinschaft mit Liebknechts Anschauungen und Handlungen ablehnt, ist sie doch der Ueberzeugung, daß er keineswegs aus unehrenhaften Gründen gehandelt hat.“

Angenommen wurden darauf folgende Anträge: Meerfeld und Genossen, auf Verurteilung geschäftiger Kampfesweise, insbesondere durch anonyme Flugchriften der Opposition, auf Verwahrung gegen die unbefugte und ungerechtfertigte Aberkennung der Eigenschaft als Vertreter der sozialdemokratischen Partei gegenüber dem Genossen Wilh. Blos durch die Braunschweiger Wahlkreiskonferenz vom 27. August dieses Jahres; diesen Zuständen gegenüber erinnert die Reichskonferenz an den auf Antrag August Bebel's auf dem Erfurter Parteitag 1891 einstimmig gefassten Beschluß, daß Wahrheit, Recht und Sitte die Richtschnur für das Verhalten der Parteigenossen zu sein haben.

Robert Schmidt und Genossen, auf allgemeine Herabsetzung der Höchstpreise und eine Organisation in der Verteilung, die das kapitalistische Interesse ausschaltet und im Interesse des Gemeinwohls Staat und Gemeinden in den Dienst der Lebensmittelversorgung stellt, die Konferenz bekundet ihre Uebereinstimmung mit den Forderungen des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion in der Nahrungsmittelversorgung und empfiehlt energische Fortsetzung dieser Politik.

Beims und Genossen, auf daß die Reichstagsfraktion in der kommenden Tagung auf Erhöhung der Reichskriegsunterstützung in notwendiger Höhe hinwirke.

Dr. Duarc und Genossen, auf fortschreitende Demokratisierung der Verfassung, der inneren und äußeren Verwaltung, des Steuerwesens und der Schule, Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Bundesstaaten und Gemeinden, Befreiung des Vereins- und Koalitionsrechts von allen politischen und landesgesetzlichen Fesseln. Bei der Ueberführung der Kriegsinde in die Friedenswirtschaft muß entscheidende Mitwirkung der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, beim Ausbau der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, bei vollständiger Umgestaltung des Vertrags- und Tarifrechts zugunsten der heimkehrenden Krieger, bei Versorgung der Opfer des Krieges, zur besseren Entlohnung der Frauennarbeit und bei Wiederherstellung und Verbesserung des Arbeiterschutzes. Die Reichskonferenz fordert die deutsche Arbeiterklasse auf, sich zur Durchführung dieser Aufgaben einheitlich und unter Zurückweisung aller Zersplitterungsbestrebungen tatkräftig hinter die sozialdemokratische Partei zu stellen.

Dem Parteivorstand überwiesen wird der Antrag München auf Einberufung einer Konferenz mit den Landtags- und Gemeindefraktionen zur Aussprache über Erfahrungen auf dem Gebiet der Volksernährung und zur Einleitung einheitlicher Aktionen zur Besserung, sowie auf erhöhte Reichszuschüsse an die Gemeinden.

Gleichfalls dem Parteivorstand überwiesen wird der Antrag Dr. Adolf Braun-Würtemberg und Genossen auf Einsetzung einer neungliedrigen Kommission unter Berücksichtigung der wichtigsten Strömungen in der sozialdemokratischen Partei zur Ausarbeitung von

Güte und Größe

Nur zwei Tugenden gibt's. O, wären sie immer vereint. Immer die Güte auch groß. Immer die Größe auch gut!

Friedrich Schiller

Danziger Stadttheater

Iphigenie auf Tauris.

Dieses nächst dem Faust schönste und reichste Werk Goethes kam am vorigen Sonnabend als erste Klassiker-Vorstellung vor ausverkauftem Hause zur Aufführung. Gehört es auch nicht zu den Bühnenwirksamsten des klassischen Dramas. So ist es doch für jeden Kunstfreund ein hoher Genuß, dieses hochelbden Menschentums in einer so vollendeten Auf-führung zu sehen, wie sie uns am Sonnabend geboten wurde.

Furchtbar waltet das Geschick in der Familie des Griechenkönigs Agamemnon. Seine Tochter Iphigenie mußte er der Göttin Diana opfern, um diese seinem Heere günstig zu stimmen. Diana hat aber das Untopfer verschmäht, und die Königsstochter auf die Insel Tauris entführt. Als Agamemnon von der Kriegsfahrt zurückkehrt, wird er von seiner treulosen Gattin ermordet. Um den Tod des Vaters zu rächen, erdolcht sein Sohn Orestes seine Mutter Klytämnestra. Iphigenie lebt als Priesterin auf dem fremden Tauris. Immer aber lebt in ihr die Sehnsucht nach der Heimat. Vorer edlen Sanftmut ist es gelungen, die rohen Sitten des Barbarenvolkes zu mildern. Seit Jahren ist kein Fremder, der an das Ufer verschlagen wurde, den Göttern mehr geopfert worden. Thoas, der König der Taurier, beehrt Iphigenie zum Weibe. Immer aber

weist sie seine Werbung zurück. Ergrimmt, befehlt er, daß die beiden Fremden, die zuletzt auf der Insel gefangen wurden, nach dem alten Brauche der Göttin wieder zum Opfer gebracht werden. Da erkennt Iphigenie in den Fremden den Bruder Orest und seinen Freund Pylades. Die Furien der Rache hatten überall den Muttermörder verfolgt und Apoll hatte ihm Verzeihung verheißen, wenn er von Tauris das Bild seiner Schwester nach Griechenland bringe. Mit seinem treuen Freunde war Orest deshalb nach der fernen Insel gezogen, um das Götterbild Dianas, der Schwester Apolls, zu rauben. So findet er auf Tauris die eigene Schwester Iphigenie und erkennt jetzt erst den wahren Sinn der Worte Apolls. Iphigenie bittet den König, ihnen die Freiheit zu geben. Anfangs beherrschen ihn aber noch die rohen Gefühle der Rache. Er überwindet sie und läßt die drei ziehen nach ihrer Heimat.

Raum ein zweites deutsches Drama hat eine so klassisch-schöne Sprache wie dieses Schauspiel Goethes. Der Dichter hatte es zuerst in Prosa geschrieben und ihm dann 1786 in Italien die jetzige Form gegeben. Wie der in derselben Zeit entstandene „Nathan der Weise“ von Lessing, ist es das Drama edler Humanität. Für den von qualvollen Selbstvorwürfen wahrhaftig gepeinigten Orest hat Iphigenie keine verdammenden Worte, sondern vergebende Güte. Auch Thoas zeigt sich als edler Mensch, der die niederen Regungen seines Herzens überwindet.

Direktor Schaper hatte eine weisevolle Aufführung des Goetheischen Wertes herausgebracht. Fräulein Maria Vera war durch die hoheherrschaftliche Würde ihrer Erscheinung zur Darstellung der griechischen Priesterin wie geschaffen und ließ durch die seelenvolle Wiedergabe den herrlichen Klang der Goetheischen Verse vollkommen genießen. Auch der Orest des Herrn A. Hennig war eine abgerundete Leistung. Erschütternd mußte er in der Wahnsinnszene den Muttermörder darzustellen.

Die Rollen des Königs, Pylades und Arkas waren durch die Herren Werthe, Lerch und Hubermann gut besetzt.

Hundert Jahre Dampfschiffahrt

Mitte Juni d. J. wären hundert Jahre verflossen seit dem Einzug der Dampfschiffahrt in Deutschland. Am 12. Juni 1816 langte in Köln ein englischer Dampfer an, der über Rotterdam den Rhein herauf gefahren war. Die Antunni dieses Wunder-schiffes erregte selbstverständlich das größte Interesse. Wenige Tage darauf, am 16. Juni, traf in der Unterelbe das erste Dampfschiff, ebenfalls aus England kommend, ein und fuhr stromaufwärts nach Hamburg, um schon vom folgenden Tage ab regelmäßige Fahrten zwischen Homburg und Cuxhaven aufzunehmen. Auf der Weser wurde im gleichen Jahre ein auf einer deutschen Werft, in Begeles, erbauter Dampfer in Betrieb gesetzt, der sich sehr gut bewährte, da er bis 1835 betriebsfähig war. Auch in Spandau wurde 1816 ein Dampfer erbaut, der von der preussischen Postverwaltung in Auftrag gegeben war, sich aber wirtschaftlich so wenig bewährte, daß er bald wieder aus dem Verkehr gezogen wurde. Seither hat sich die Dampfschiffahrt rasch entwickelt. Durch Einführung der Schraube an der Stelle der Seitenräder erlangten die Dampfschiffe aber erst ihre volle Leistungsfähigkeit. Raddampfer sind jetzt fast völlig aus dem Verkehr verschwunden. Nur in der Binnenschiffahrt könnten sie sich behaupten. Am 1. Januar 1914 zählte die deutsche Handelsmarine 2170 Dampfschiffe mit 4 394 190 Brutto-Registertons und 70 224 Mann Besatzung. Davon waren 38 Raddampfer mit 11 279 Brutto-Registertons und 374 Mann Besatzung. Die deutsche Binnenschiffahrt verfügte über 4491 Schiffe mit eigener Triebkraft, meist Dampf-schiffe.

Geschieden und selbständigen Bescheidungen über die Maßregeln, die im Interesse der Arbeiter beim Uebergang in den Friedenszustand und die Wirtschaft zu treffen sind.

Vor der Abstimmung hatten die Genossen: Sch. über, G. über, Stein, Thielmann, Scherffig, Schmidt-Nehsen, Entsch, Hoch, J. Simon, E. Gimmel, Hillmann, Brandes, Fuchs, Albrecht, Rausch, Com. Ullrich, Rich. Jiri, Kurt Eisner, Petrowski, Gumbert, Kubbe, Krüger, Witt, Trummer, Gottl. Storch, Kadelmeier, Hörschmann, Klement, Hoffmann-Kaiserlautern, Biermann, Kugel, Panzer, Adolf Braun, Erdmann, Gwald die Erklärung zur Kenntnis gegeben, daß Ablehnung gebende Beschlüsse beim Besen der Parteikonferenz und der Aufhebung weltlicher Parteitreffe widersprechen, daß Resolutionen, wie die von Kuer und Dr. David zur Bindung der Parteigenossen ausgenutzt werden können, daß sie die Partei der Einheit und Geschlossenheit nicht entgegenführen würden, und daß deshalb diese Beschlüsse trotz mannigfacher Verschiedenheiten ihrer Anschauungen die Teilnahme an der Abstimmung über die Resolution ablehnen.

In seiner Schlussrede mahnte Eckert zur Einigkeit. Die Meinungsverschiedenheiten seien nicht so groß, um die Einigkeit unmöglich zu machen.

Danziger Nachrichten

Doppelte Mitternacht.

In der Nacht von Sonnabend, den 30. September, zu Sonntag, den 1. Oktober, endet die vom 1. Mai geltend gewesene Sommer-Urlaubzeit. Die normale mitteleuropäische Einheitszeit tritt von diesem Zeitpunkt wieder die Herrschaft an. Der Uebergang wird dadurch schwierig, daß die eine Stunde wieder untergebracht werden muß, die am 1. Mai ausgeschaltet worden ist. Dies wird einfach so geschehen, daß eine zweite Mitternachtsstunde eingeschaltet werden wird. Praktisch wird sich der Vorgang so abspielen: Am 1. Oktober um 1 Uhr nachts werden die Uhren auf 12 Uhr zurückgestellt. So werden wir in dieser kaisersamen Nacht die geheimnisvolle Weite der Mitternacht tatsächlich 3 mal erleben! Zur richtigen Unterscheidung wird die erste 12-Uhr-Stunde als 12 A und die zweite 12 B bezeichnet werden. Auf diese Weise vollziehen wir Weisheiten in diesem Jahre das zweite Kriegswunder unserer Zeitrechnung. Die richtige Einstellung der Uhr ist sehr notwendig. Wer es versäumt, kommt am nächsten Morgen usw. überall eine Stunde zu früh und findet manche Türen noch verschlossen. Die eine Stunde Nachruhe, die uns der Umsturz in die alte Uhrzeit mehr verschafft, würde so für viele Arbeitende, denen sie sehr zu wünschen ist, nutzlos verloren gehen.

Stadttheater.

Als zweite klassische Vorstellung, zu ermäßigten Preisen, wird am Sonnabend „Minna von Barnhelm“, mit Pauline Castele als Minna, Fräulein Senff-Georgi als Franziska, Herrn Henry als Tellheim, Herrn Berke als Werner und Herrn Hubermann als Riccaut in den Hauptrollen, gegeben unter der Spielleitung des Herrn E. Haag. Sonntag folgt als erste Opernaufführung die „Walküre“ von Richard Wagner. Das Werk wird von Direktor Schaper neu in Szene gesetzt; die Dekorationen sind in eigener Werkstatt von Dekorationsmaler Walter Loh angefertigt. Dirigent ist Herr Kapellmeister Schwarz. Am Montag gelangt eine literarische Neuheit „Das Kürnbergisch Er“, Tragedie von Walter Hartan, zur Vorstellung.

Deutsche Kriegsausstellung Danzig 1916. Reithalle Große Meer.

Der Besuch der Ausstellung ist andauernd außerordentlich reger. Auch der letzte Sonntag wird wieder, obwohl das prächtige Wetter Tausende von Menschen nach auswärts gelockt hatte, sehr starken Besuch auf. Die Besucherzahl belief sich auf ca. 4000 Personen, das sind für unsere Stadt sehr viele Siffern und sie sind deswegen besonders erfreulich, weil sie diejenigen der Ausstellung des Vorjahres beträchtlich übersteigen. Die Gesamtzahl der Besucher ist damit schon um über 2000 Personen höher als die der vorjährigen Ausstellung.

Auch die Kunst kommt in der Kriegsausstellung nicht zu kurz. Da sind es zunächst bildgütige russische Künstler aus den weisrubischen Gefangenenlagern Tross (Danzig) Hammerstein, Schladau und Tschel die in einer eigenartigen Sonderausstellung künstlerisch wertvolle Arbeiter darbieten. Aus dem Gebiete der Schnitzerei und Intarsienarbeit sowie aus dem der Malerei. Eine Menge von Bildwerken in Öl, Aquarell, Tusche oder charakteristische Zeichnungen, die von bester Naturwahrheit, meist Kriegsbilder, Stillleben oder Stillleben darstellend, schmücken die Wände. Sie bilden aber auch für jeden Besucher ein künstlerisch wertvolles Anschauungsmittel für besondere Charakterzüge des russischen Volkstums. Daneben hat in der umfangreichen Ausstellung des Oberkommandos Ost, die nach dem Generalfeldmarschall von Hindenburg zu danken ist, die Kriegsliteratur in ihrer vollen technischen und künstlerischen Entfaltung Platz gefunden. Dort sind auch Gemälde von russischen Feldherren Künstlern zu sehen, die der Armee Madonnen angelehnt und die nach in Trossen auf dem Kriegsschauplatz aufgenommen wurden.

In einem Teile der Ausstellung stellt ein eigenartiges Aquarell, es ist das Modell eines Denkmals, das von unseren Feldherren nicht geschaffen, symbolisch die wunderbaren Ereignisse Hindenburgs bei seiner großen Sommeroffensive 1915, die zur Eroberung Tschens und Kurlands führte, in Stein verewigt sein soll. Es ist dies das Kurland-Denkmal, das in seiner wirklichen Ausführung an der Düne nördlich von Scharnau steht. Das eigenartige Motiv, das dem Denkmal zugrunde liegt, zeigt die rechte Wälfen. Die Erster Kurlands erobert dankend den Feld zu ihrem Befreier dem deutschen Kaiser. Der Kaiser wurde das Denkmal von dem Kaiserreichs-Regiment Nr. 61, das zu unserer Provinz in engen Beziehungen steht.

Dinles Familienvorstellungen.

Im Rathshauslichen Schauspielhaus Sch. Sonntag, den 1. Oktober, wird August Schindler eröffnen, wie schon mitgeteilt, Herr Direktor J. Dinle seine Familienvorstellungen mit „Die Gebrüder Kowalski“, und zwar am Sonntag, den 1. Oktober, mit einem vollständigen Familienprogramm. Herr Dinle hat es sich zur Aufgabe gestellt, für einen billigen Eintrittspreis von 50 Pfennig nach des Tages 1000 angenehme und fröhliche

Stunden durch die bessere Musik zu schaffen. Sonntags werden zwei Vorstellungen, um 4 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends beginnend, wochentags eine Vorstellung, abends 8 Uhr, stattfinden. Aus dem ersten Programm sind hervorzuheben das reizende Hannöer Duo, Verwandlungsduett mit tanzen den Hunden, der Groteskomiker Kugamer sowie der württembergische Kraftsmann Emil Reiffel und andere. Außerdem gelangt zur Aufführung die von Herrn Direktor Dinle in Szene gesetzte Original „Kurtze Die Dame in Blau“. Das Orchester steht unter Leitung des Musikdirektors Herrn Weffel aus Königsberg, eines bewährten Fachmannes. Die Regie liegt in den Händen des Humoristen Kugamer. Es wird also des Guten genügend geboten. Wir weisen auf die Vorstellungen besonders hin.

Geldsatz der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

In der Festsetzung der Dienststunden ist neuerdings die Minderung erfolgt, daß die Kasse am Sonnabend nur vormittags von 8 bis 2 Uhr geöffnet ist. An den übrigen Wochentagen bleibt es bei der Geschäftszeit von 8 bis 1 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags. Zahlungen jeder Art können an allen Tagen nur von 9 bis 1 Uhr vormittags geleistet oder empfangen werden.

Die Kriegspresse auf der Deutschen Kriegsausstellung Danzig.

Das Oberkommando Ost schreibt uns zu der vom Oberkommando gestellten Presseabteilung:

Militärische und politische Gründe waren maßgebend, im besetzten Gebiet des Oberbefehlshabers Ost neben den Zeitungen, die ausschließlich von Soldaten für Soldaten hergestellt werden, nämlich der „Zeitung der 10. Armee“, „Wacht im Osten“ und der „Dünaburg“, in den großen Zentren Zeitungen herauszugeben, die für die Armee wie für die Bevölkerung bestimmt sind. So erscheinen seit acht Monaten und mehr „Grodnoer Zeitung“, „Wilnaer Zeitung“, „Königsberger Zeitung“, „Minsk-er Zeitung“, „Mittelschlesische Zeitung“ und „Bialystoker Zeitung“. Ein Teil dieser Zeitungen erscheint in völlig durchgeführtem militärischem Betriebe. Alle fremdsprachige Druckereien wurden in kleine deutsche Musterbetriebe umgewandelt, die Herstellung von der Redaktion bis zum Vertrieb geschieht ausschließlich durch Soldaten.

In fremdsprachigen Organen sind entstanden die litauische „Dabartis“ (Gegenwart), die lettische „Dzimenes Sinas“ (Heimatsnachrichten), die polnische „Dziennik Wileński“ (Wilnaer Tageszeitung), die weisrubische Zeitung „Homani“ (Volksstimme) und die jiddische „Lebte Nais“ (Lebte Nachrichten).

Die Grodnoer und Bialystoker Zeitung erscheinen mit einer polnischen und jiddischen Beilage, die einen Auszug aus dem deutschen Text darstellt.

Sämtliche Zeitungen werden von der Presseabteilung beim Oberbefehlshaber Ost, die unter Leitung des Hauptmanns Vertkau steht, mit den neuesten Nachrichten versorgt. Die Presseabteilung, soweit sie für die Zeitungen wirkt, stellt ferner den Redaktionen jedes gewünschte Archivmaterial, Artikel aus ersten deutschen Febern, Illustrationen usw. zur Verfügung.

Fast sämtliche Zeitungsdruckereien fertigen die notwendigen Druckfachen (Bekanntmachungen, Fahrpläne, usw.) für die deutschen Behörden an ihrem Erscheinungsort an. Eine eigene „Druckerei des Oberbefehlshabers Ost“ stellt neben militärischen Druckfachen die für die Verwaltung notwendigen Druckerzeugnisse her (Darlehenslassenscheine, Steuerbanderolen, Bekanntmachungen und Plakate).

Die Presseabteilung des Oberkommandos Ost kann in jeder Beziehung den Besuchern der Ausstellung zur Befichtigung empfohlen werden. Gerade ein näheres Studium dieser Abteilung gibt uns ein lebhaftes Bild des Lebens in den Schützengräben. Auch können wir aus den Zeitungen so recht das Leben und Fühlen, das Denken und Trachten unserer Soldaten an der Front erkennen. Das Studium dieser einzelnen Zeitungen ist besonders auch dadurch erleichtert, als die Zeitungen selbst käuflich sind und so jeder Gelegenheit hat, zu Hause in seinen Ruhestunden einmal eine Schützengrabenszeitung lesen zu können und aus ihr erleben zu können, wie das Leben an der Front pulsiert.

Ein amtlicher Vertrauensmann.

In der Nummer 35 vom 2. September teilten wir eine nicht alltägliche Beurteilung wegen Kriegswuchers mit. Der Kaufmann Albert Sand, Straußgasse 6, wurde wegen Preiswucher verurteilt, weil er als Großhändler an einer Ware, die er gar nicht gegeben hatte, 30 Prozent Profit genommen hatte. Der Gericht erklärte er diesen Gewinn für durchaus nicht übermäßig. Außer den Spesen habe er berücksichtigt, daß sein Umsatz im Kriege von 100 000 auf 30 000 Mark zurückgegangen sei und er außerdem einen Einnahmeausfall von 12 000 Mark gehabt habe. Er gab an, das Pfund Fleischjoda mit 22 Pfg. eingekauft zu haben. Den Kleinhandlern gab er es mit 28 Pfg. ab. Dr. Grünspan, der Direktor des hiesigen Kriegsernährungsamtes, wies als Sachverständiger vor Gericht nach, daß man das Pfund Fleischjoda für 11 Pfg. hätte bekommen können, wenn nicht der Kettenhandel den Preis in die Höhe geschraubt hätte. Der Angeklagte nahm für sich 6 Pfg. Verdienst am Pfund und ließ den Kleinhandlern nur 1 Pfg. Gebl. Das Gericht ließ in der Begründung des auf 150 Mark Geldstrafe lautenden Urteils keinen Zweifel darüber, wie es ein solches Treiben beurteilt. Der Gerichtsverhandlung folgte eine nicht geringe Ueberrastung. Der Verurteilte verkündete am 24. September durch Interate in den bürgerlichen Blättern, daß er vom Berliner Kriegsernährungsamt zum Ankauf des beschlagnahmten Döbtes bestellt sei und das Recht besitze, Unteraufkäufer anzustellen. — Trotz der durch die gegebenen Verhältnisse gebotenen Rücksicht müssen wir fragen, ob etwa die Beurteilung wegen Kriegswucher eine freundlichere Empfehlung darstellt? Das Vertrauen der Bevölkerung kann zu dem von Herrn v. Batocki geleiteten Kriegsernährungsamt doch wirklich nicht durch solche Vertreter gefördert werden. Es wäre von hohem Wert, zu erfahren, wie er denn gerade diesen Mann nach Berlin empfohlen hat. Will man sich die Konsequenzen, die sich aus den Landlichen Grundrissen bei der Arbeit für das Kriegsernährungsamt ergeben müßten, ausmalen, so muß man zu den wunderbaren Möglichkeiten kommen. Auf unsere Anregung ist uns mitgeteilt, daß gegen Sand von v. Batocki Beschwerde geführt worden ist. Leider haben wir inzwischen noch nicht gehört, daß

er aus der neuen Stellung geschieden ist. Wir können aber umsofort glauben, daß man ihn darin erhalten sollte.

Wie Feldpostsendungen „verloren“ gehen.

Briefsendungen werden bei den Postanstalten täglich in großer Zahl aufgegeben, ohne daß die Sendungen frankiert sind, während sie das Gewicht von 50 Gramm überschreiten. Das für portofreie Feldpostsendungen zulässig ist. Es handelt sich hauptsächlich dabei um Sendungen mit Tageszeitungen und illustrierten Zeitschriften. Diese Briefe müssen nach den Bestimmungen an die Absender zurückgegeben werden. In sehr vielen Fällen ist aber der Absender auf den Sendungen nicht vermerkt, so daß sie dann als unanbringlich behandelt werden müssen. Hieraus entstehen für die Absender wie für den Empfänger mancherlei Unannehmlichkeiten. Um diese zu vermeiden, ist es unbedingt erforderlich, die Bestimmung zu beachten, daß Feldpostsendungen nur bis zum Gewicht von 50 Gramm portofrei befördert werden. Auch ist es unbedingt nötig, jedesmal den Absender auf den Feldpostsendungen anzugeben. Die Absender verfallen sonst leicht in den Irrtum, die Sendung wäre verloren gegangen.

Käufer-Ansammlungen.

Die in der Stadterordnetenversammlung besonders von Rechtsanwalt Zander stark beklagten Ansammlungen vor den Läden zeigen sich leider tagtäglich in unverminderter Stärke. Durch die Kundenanmeldung für den Butterkauf sind die Ansammlungen aus diesem Grunde endlich verhindert. Der Uebelstand selbst ist aber in keiner Weise behoben, wenn die Käufer nun wegen der Milch in gleicher Weise gezwungen sind, ihre Zeit zu opfern und ihrer Gesundheit zu schaden. Wie wir hören, soll nun auch für den Milchverkauf die Kundenanmeldung mit Käufergruppen für bestimmte Tage eingeführt werden. Wir können nur wünschen, daß hiermit nicht gezögert wird. Warum man erst so lange wartete, bedauern wir. Es gibt keinen Uebelstand, dessen Abstellung ernster betrieben werden sollte, wie das entfehlische Stehen vor den Läden auf den Straßen.

Neuregelung der Kartoffelverföhrung.

Seit einigen Wochen gibt es hier fast keine größere Schwierigkeit als die Erlangung von Kartoffeln. Am 28. September beschäftigte sich auch die Preisprüfungsstelle mit dieser höchst bedauerlichen Erscheinung. Es sollen nun wieder Kartoffelkarten, die für vier Wochen gelten, eingeführt werden. Daneben soll auch die Kundenanmeldung zur Einführung gelangen. Jeder Käufer erhält für das von ihm gewählte Geschäft eine fortlaufende Nummer. Durch Aushang an der Verkaufsstelle wird er benachrichtigt, an welchem Tage er zu kaufen hat. Für die nächste Zeit soll pro Kopf und Tag ein Pfund Kartoffeln verabfolgt werden. Für die schwerarbeitende Bevölkerung sollen in der bisherigen Weise Zufahrtkarten ausgegeben werden. Auch die von auswärts auf den Wochenmarkt kommenden Kartoffeln dürfen nur gegen Karten verkauft werden. Naturgemäß bedarf es bei diesen Käufen keiner Kundenanmeldung. — Nach unserer Kenntnis soll die Regelung so gemeint sein, daß jeder Käufer an dem Tage, der durch seine Nummer bestimmt wird, auch kaufen muß. An einem anderen Tage soll der Kauf nicht zulässig sein. Für Personen, die durch ihre Arbeit gehindert sind, sollen entsprechende Ausnahmen zugelassen werden. In dieser Hinsicht wäre wohl noch zu erwägen, wie den Käufern geholfen werden soll, die gegen Ende einer Lohnperiode nicht mehr das Geld zum Einkauf ihres Wochenbedarfs besitzen. Bei einigem Entgegenkommen dürfte sich auch hierfür ein gangbarer Weg ohne Befristungen finden.

* Löhnung der Mannschaften im Lazarett. Das Kriegsernährungsamt veröffentlicht folgenden Erlaß, der am 1. Oktober 1916 in Kraft tritt: „Den in ein Lazarett aufgenommenen Mannschaften ist, gleichviel welcher Waffengattung sie angehören, vom ersten Tage des auf die Ausnahme folgenden Monatsdrittels ab stets die für das immobile Verhältnis vorgesehene Löhnung der Unberittenen ihres Dienstgrades zu zahlen. Vom Tage der Entlassung aus dem Lazarett ab steht ihnen die Löhnung nach dem Satz ihrer Kriegsstelle beim neuen Truppenteil zu. Die infolge Ueberweisung zu einer immobilen Formation etwa erforderliche Nachzahlung des Löhnungsunterschiedes für die Tage bis zum Schluß des Monatsdrittels, in dem die Entlassung aus dem Lazarett erfolgt ist, hat der neue Truppenteil zu bewirken. Bezüglich der Nachzahlung an die zu mobilen Formationen übergetretenen Mannschaften verbleibt es bei der durch Erlaß vom 22. September 1915 abgeänderten Bestimmung im § 21,1 Absatz 2 der Kriegsbesoldungsvorschrift.“

Aus Westpreußen

— Kieijige Getreideschiebungen wurden, der „Post, Jg.“ zufolge, in Stadt und Provinz Posen aufgedeckt. Ob die Schiebungen, die einen Umfang von Hunderttausenden von Saek erreichten, irgendwie mit den in Westpreußen verübten zusammenhängen, ist noch nicht festgestellt.

Auch das Posener Tageblatt schreibt: „Sehr bedeutenden Getreideschiebungen, bei denen es sich um die wunderliche Ausfuhr von Getreide trotz des bestehenden Verbots nach verschiedenen Großstädten des Westens handelt, und die schon seit längerer Zeit in der Stadt und Provinz Posen vorgenommen wurden, ist man seit einiger Zeit auf die Spur gekommen. Im Zusammenhang damit sollen bereits mehrere Verhaftungen erfolgt sein. Man darf wohl wünschen, daß die Bemühungen der Behörden, die dem Vernehmen nach fortgesetzt werden, um Licht in die aufsehenerregende Angelegenheit, die bereits einen großen Umfang angenommen hat, zu bringen, von Erfolg gekrönt sein mögen.“

— Die Dummen werden nicht alle. Von dem Elbinger Schöffengericht wurden zwei „Wahrsagerinnen“ und Kartenlegerinnen bestraft, zu deren Kundinnen auch „bessere“ Bürgerfrauen und Frauen von Beamten zählten. Der Gerichtsbescheid äußerte zu den Beschuldigten: „Ein vernünftiger Mensch glaubt doch nicht an Wahrsagen.“ — Darauf ist eine Angeklagte, Frau Erdmann (empört): „Wieso nicht? Was ich aus den Karten ersehe, glaube ich auch!“ Einer Zeugin und Kundin der Schwarz war ein 150 Mark verschwinden. Die Schwarz, der die Zeugin nichts vom dem Geldverlust erzählt hatte (?), soll ihr sofort laut Karten von dem Verlust gesprochen und ihr auch gesagt haben, wo sie das Geld finden würde. Das Gericht gelangte zu einer Verurteilung der beiden Angeklagten wegen Betruges. Sehr wichtig für weitere Strafen sind die

Danzigs Ernährungspolitik

führte in der Stadtverordnetenversammlung am 26. September wieder zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen, wenn man nur die äußere Form der Verhandlungen beurteilt. In sachlicher Hinsicht stand das ganze System der städtischen Sozialpolitik im Kriege infolge seiner absoluten Unzulänglichkeit unter Anklage. Ihr, nach unserer Ueberzeugung unvermeidliches, praktisches Versagen hatte sich auch den durchweg bürgerlichen Stadtverordneten so stark aufgedrängt, daß diese Auseinandersetzungen — die Dinge sind eben mächtiger als die Menschen — unerläßlich wurden. Kein äußerlich betrachtet, drehte es sich um die schweren Mißstände, die unter der Herrschaft des städtischen landwirtschaftlichen Sachverständigen und Stadtrats Hein wenigstens teilweise durch eine Kommission von Stadtverordneten auf dem städtischen Gute Grebenerwald festgestellt worden sind. Es wäre aber unentschuldbar oberflächlich, wenn jemand annehmen wollte, daß es sich ausschließlich oder auch nur vorwiegend um diese Dinge gehandelt hat. Das genaue Gegenteil ist richtig. Hier stand das ganze System städtischer Kriegsfürsorge, das sich leider so sehr zu seinen Ungunsten von den Maßnahmen fast aller größeren deutschen Städte unterscheidet, zur Verhandlung. Diese Verhandlung war die Folge der ersten Verhandlungen der Stadtverordneten über die städtische Kriegsfürsorge vom 24. November 1914 und vom 25. März 1915. Damals sprach Oberbürgermeister Scholz die programmatischen Worte: *Not hat es schon immer in der Welt gegeben. Wir können nicht den freien Handel ausschalten und sagen: Stadt ernähre du uns!* Von jenen Verhandlungen führt eine gerade Linie über die ungenügende Fürsorge für die Angehörigen unserer Krieger und die äußerst rückständige Steuerpolitik. Von jenem Gesichtspunkt des sehr selbstbewußten Oberbürgermeisters ist auch die Entfernung unserer Genossinnen aus der Kriegshilfe und der städtische Inzeratenbottel der Volkswacht, ebenso wie die Ablehnung der Fürsorge für die arbeitslosen Heimkehrer, deren Arbeitslosigkeit Magistrats-assessor Berent für den normalen Friedenszustand erklärte, nur zu verständlich. Auch die schon viel Aufsehen erregenden Stadtverordnetenverhandlungen vom 27. April und 9. Mai 1916, in denen sich sämtliche Stadtverordnete gegen die ungenügende städtische Ernährungshilfe wendeten, haben auf Oberbürgermeister Scholz, den dafür in erster Linie verantwortlichen Mann, feinerlich Eindruck gemacht. Damals mahnte Rechtsanwalt Zander, der im Kommando des 17. Armeekorps praktische Ernährungspolitik treibt, daß man sich auch in der städtischen Verwaltung der ungeheuren Bedeutung der Ernährung für eine großstädtische Bevölkerung von 200 000 Köpfen bewußt werden möge. Niemand im Magistrat konnte im Zweifel sein, welche Autorität hinter dieser Aufforderung stand. Trotzdem hat auch sie leider nichts genützt. Von den vom Oberbürgermeister erfolglos versprochenen, aber leider nicht gekommenen großen billigen Spargelendungen führte der Weg zum Gut Grebenerwald. Mit dessen Verhältnissen und der dort betriebenen Wirtschaft des Stadtrats Hein haben sich die Stadtverordneten schon mehrfach beschäftigt müssen. Ihre Unzufriedenheit führte dazu, daß vor einer Reihe von Monaten eine besondere Kommission zur Prüfung der Zustände gewählt wurde. Am 19. September gab diese den Stadtverordneten ihren Bericht. Danach hatte das Gut im letzten Jahre nur 30 000 Mark Einnahme, aber 62 000 Mark Ausgabe, so daß aus den Steuern der Bürger circa 30 000 Mark zugeföhrt werden mußten. Bei der Beratung mußte natürlich die Beteiligung der städtischen Güter an der Ernährung Danzigs herangezogen werden. Dabei wurde die ganz unglaubliche Feststellung gemacht, daß die Milch des Gutes nicht nach der Stadt kommt, sondern verbuttert und die Magermilch den Russen gegeben und an Schweine verfüttert wird. Die allgemeine Empörung faßte besonders Stadtv. Dr. Abraham dahin zusammen, daß er von einer unverantwortlichen Milchwirtschaft in einer Zeit sprach, in der selbst Kinder häufig keinen Tropfen Milch bekommen könnten. Vom Magistratsstisch gab es auf die Fragen, warum so verfahren wurde, keine Antwort. Man bedenke, was das allein schon heißt. Diese Behandlung ging selbst den bürgerlichen Stadtverordneten zu weit. Stadtv. Bauer richtete deshalb mit mehreren Kollegen ausdrücklich an den Magistrat die Anfrage, in welchem Umfange die städtischen Güter zur Versorgung der Danziger Bevölkerung mit Lebensmitteln beitragen. Hierauf hat es, soweit es überhaupt eine Antwort gab, ein glattes Nichts gegeben! Höchst sonderbar war schon, wie der Magistrat inzwischen den Unmut der Stadtverordneten und der Bevölkerung zu beschwichtigen suchte. In den bürgerlichen Zeitungen erschien ein Artikel, den nur die Danziger Allgemeine Zeitung als vom Magistrat stammend bezeichnete. Darin wurde sogar behauptet, daß es ziemlich bedeutungslos sei, wenn von Grebenerwald täglich 300 Liter Vollmilch nach Danzig gelangen wären. Vom Gute Neukirchenslampe sei die Milchlieferung wegen der — weiten Entfernung nicht möglich gewesen. Es wurde sogar gesagt, daß täglich im Sommer 70 000 Liter Vollmilch nach Danzig gekommen seien, und daher gar kein Bedarf an Milch vorhanden gewesen wäre. Selbst wenn die erste falsche Angabe richtig gewesen wäre, ist es unfähig, wie eine Stadverwaltung, die sich auch nur im geringsten ihrer Pflicht gegenüber den Ernährungsschwierigkeiten bewußt ist, solche Ansichten zu ihrer Verteidigung verbreiten kann. Wenn Güter dieser Größe, die zusammen 24 Hufen umfassen, nach Ansicht des Magistrats für die Beschaffung städtischer Lebensmittel nicht in Frage kommen, dann muß man doch fragen, was geht denn eigentlich im Rathaus vor? Trotz der schroffen Beurteilung durch die Stadtverordneten am 19. September besiegte der Magistratsartikel, allerdings in unbestimmten Ausdrücken, darauf, daß von den städtischen Gütern Schweine und Kälber nach — Danzig gebracht wurden. Dabei ist kein einziges Schwein hierher gekommen! Die unbegreifliche Zustuftr wurde in der neuen Verhandlung von mehreren Stadtverordneten ganz unermüdet als Versuchungsvorschlag bezeichnet. Ober-

bürgermeister Scholz wiederholte trotzdem die Behauptung von den nach Danzig gelieferten Schweinen. Stadtv. Hardtmann sprach sehr richtig sein Erstaunen darüber aus, daß die Danziger Zeitung und Danziger Neuesten Nachrichten den Artikel nicht als Magistratszeugnis bezeichnet hätten. Hardtmann stellte fest, daß die Prüfungskommission nur die Verhältnisse auf Gut Grebenerwald und auch nur teilweise bloß für die Zeit von Juni 1915 bis April 1916 prüfen konnte. Er machte unter anderem, was für das Ergebnis der Prüfung nicht gleichgültig ist, die Bemerkung, daß man dem Dezerenten Stadtrat Hein nur die Hälfte glauben könne! Im übrigen sind in dem Jahre, in dem die Stadt 30 000 Mark für das zugeföhrt, von diesem nach Danzig geliefert: 588 Zentner Kartoffeln, 9 Kälber und 74 Pfund Butter. Nach dem Gut wurden jedoch von den Beständen, die für die Ernährung der städtischen Bevölkerung bestimmt waren, geliefert: 2000 Pfund Bäckfleisch, 2 geschlachtete Schweine, 500 Zentner Hafer, 300 Zentner Gerste und mehrere hundert Zentner Kleie. Die wunderbare Wirtschaft beginnt schon bei dem Verbrauch an Hafer. Bei den dort gehaltenen 18 Pferden durften nach dem durch Bundesratsverordnung festgesetzten Quantum nur 100 Zentner verbraucht werden. 500 Zentner wurden aber hingeliefert. Hardtmann stellte fest, daß in Danzig seit 14 Tagen eine so große Kartoffelnot besteht, daß viele Familien keine Kartoffeln bekommen konnten. Von den städtischen Gütern sei aber trotz dieses Notstandes keine einzige Kartoffel nach Danzig gebracht worden. Gegenüber diesen Feststellungen versteht man nicht, wie wenig informiert der Oberbürgermeister war. Er sprach zwar nicht mit dem sonst bei ihm üblichen Herrenbewußtsein, aber doch mit einer Sicherheit, hinter der man so wenig Kenntnis der Dinge nicht erwarten konnte. So behauptet er, daß drei letzte Schweine nach Danzig gekommen wären. Das wäre sicher keine Parabelleistung gewesen. Festgestellt wurde darauf, daß diese Tiere nicht nach Danzig, sondern nach Braunsdorf handelt worden sind! Scholz wußte darauf nur zu schweigen. Ebenso sind 1600 Zentner Kartoffeln an außerhalb Danzigs wohnende Händler verkauft, also der städtischen Bevölkerung direkt entzogen worden. Nun sollte allerdings 600 Zentner nach Danzig, und zwar an das städtische Krankenhaus geliefert werden. Sie waren aber in solchem Zustande, daß der Dezerent dieser Anstalt, Stadtrat Poll, im Oktober 1915 die weitere Abnahme ablehnen mußte, weil ein erheblicher Teil faul und zuviel Erde und Lehm dabei war. Nur knapp zwei Drittel der Vieherung war verwendbar. Von den zuerst angelieferten 5000 Kilo waren 876 Kilo angefaul und 1234 Kilo Erde und Lehm. So tadellos liefern städtische Güter im Kriege an ein städtisches Krankenhaus! Dann die Butter, von der die Danziger Zeitung ganz harmlos meint, sie sei an Privatpersonen geliefert. Von den ausschließlich in der Versammlung genannten Namen weiß die Zeitung nichts, die bekanntlich bei Scheidemann sogar „übliche Ausfälle“ entdeckte, als er sein einziges Wort sprach, das diesen Ausfall entschuldigte. Die Danziger Zeitung teilt aber auch ebenso ahnungslos mit, daß die Verpachtung der Jagd der städtischen Güter jährlich 500 Mark ergeben hätte. Dabei erklärte Stadtv. Kamacki ausdrücklich, daß diese Summe nur für Grebenerwald geboten, aber abgelehnt worden sei, weil Stadtrat Hein die Jagd selber ausübte! Für beide Güter komme ein Nachtverlust von 1500 Mark in Frage. Auch in dieser Hinsicht mußte man den Oberbürgermeister bemühen. Er behauptete einfach, der Erlös für das geschossene Wild sei wahrscheinlich vereinbart worden, als schon nachgewiesen worden war, daß der Stadt auch nicht ein einziger Pfennig davon zugeföhrt ist! Bezüglich der Verbutterung führte Stadtv. Bauer den Nachweis, daß die Stadt bei der unveränderten Verwendung der Milch allein von Grebenerwald täglich 50 Mark mehr verdient haben würde, als durch die Verbutterung. Nun ist aber leider überhaupt keine Feststellung darüber möglich, welches Quantum Butter erzeugt worden ist. Bis zum Oktober 1915 gibt es in der Gutsabrechnung keine Einnahmeposten über Butter. In dem obengenannten Zeitraum von etwa drei Vierteljahre sind wirklich ganze 340 Pfund Butter von dem Gut verkauft. Bauer berechnete aber für den Sommer eine tägliche Buttererzeugung von 21 Pfund. Von den 340 Pfund erhielten zwei auswärtige Händler 140 Pfund für 1,70 Mark und 2,20 Mark das Pfund, 52 Pfund erhielt Stadtrat Hein selber, 20 Pfund gingen nach Königsberg an seinen Schwiegerjohn, 25 Pfund erhielt die Tochter des Stadtv. Kommerzienrats Wiele, auch Stadtv. Hein erhielt bis Anfang September alle 14 Tage 2 Pfund. Bemerkenswert sind die Mitteilungen, die der landwirtschaftlich gutunterrichtete Stadtv. Hein über die Mästung von Kälbern auf Grebenerwald machte. Während in Danzig fast kein Tropfen Milch zu haben war, erhielten die Tiere Vollmilch und Eier! Stadtv. Fiebing erhielt sogar auf seine dringende schriftliche Aufforderung, doch die Milch nach Danzig zu bringen, nicht einmal eine Antwort. Erst vor der Sitzung vom 19. September erklärte ihm Bürgermeister Bail, daß Stadtrat Hein es nicht wollte! Diese Weigerung war für den Magistrat genügend! Es ist daher kein Wunder, daß auch der Beschluß der Verwaltungskommission, 40 Sterken für 20 000 Mark zur erhöhten Milchproduktion zu beschaffen, einfach nicht ausgeführt wurde. Es war durchaus zutreffend, daß Stadtv. Fiebing dem Oberbürgermeister auf die ausweichenden Beschönigungen antwortete: *Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.* Ebenso zutreffend ist und gilt, leider nicht bloß für Hein, als Stadtv. Hardtmann ausführte: *Hein habe nicht das Gefühl für Recht und Billigkeit und Sinn für das Entgegenkommen an die notleidende Bevölkerung, das jeder Besizende und Gebildete jetzt unbedingt haben müsse.* Rechtsanwalt Zander wies, gerade mit Beziehung hierauf, mit vollem Recht wieder auf die allgemeine organisierten Mängel der städtischen Ernährungspolitik hin. Seine Hoffnung auf das städtische Ernäh-

rungsamt können wir nicht teilen. Außer anderen Erfahrungen ist es doch doppelt unverständlich, daß gerade dieses Amt an den Dingen auf den städtischen Gütern vorübergehen konnte: Was können denn seine praktischen Maßnahmen überhaupt bedeuten, wenn es diese ganz ausschaltet? Entweder ist das Amt seiner Aufgabe nicht gewachsen oder es wird durch andere Kräfte an der Betätigung gerade dort beschränkt, wo es am allernotwendigsten wäre. Es fiel auf, wie wenig der Oberbürgermeister auf den Kern der Verhandlungen einging. Seine Behauptung, daß die Ernährungsfrage Schwierigkeiten bietet und auch im Personalmangel Hindernisse findet, entschuldigt doch nicht mehr im kleinsten Dorfe. Dabei kann man aber nicht übersehen, daß die Maßregelung tüchtiger Kräfte in der Allgemeinen Ortskrankenkasse nicht zuletzt durch Scholz verursacht wurde. Er trägt auch dafür die Verantwortung, daß unsere Genossen und Genossinnen in tränkender Weise von der Mitarbeit in der Kriegshilfe ausgeschaltet worden sind. Sogar Stadtv. Schade erklärte in der Affäre Benz vor Gericht, daß er den Strafanktrag gegen uns nur auf die Einwirkung des Oberbürgermeisters nicht zurückgezogen habe! Das Gericht ließ dann wirklich keinen Zweifel über die Unbegreiflichkeit, wie der Magistrat ohne die geringste Berechtigung eine solche Haltung einnehmen konnte. Unter solchen Umständen erscheinen die häufigen Klagen des Oberbürgermeisters über Personalmangel, selbst wenn man nicht an die Honorierung usw. denkt, in eigenartigem Lichte. Mit jähher Beharrlichkeit verteidigte Scholz aber Stadtrat Hein und vor allem dessen landwirtschaftliche Sachkunde. Dabei weiß der Oberbürgermeister, daß schon seit Monaten gegen Hein ein von Oberbürgermeister Weg geleitetes Disziplinarverfahren schwebt, über dessen Ausgang nur noch eine Meinung möglich ist. Der oberflächlichste Kenner der Verhältnisse weiß genau, daß Hein der allmächtige Hausmeister des Rathauses und die rechte Hand des Oberbürgermeisters ist. Auch in Personalfragen ist er dessen erster Berater. Deshalb war es eigentlich nur recht und billig, daß Scholz sich vor den ärztlich durch Verposität entschuldigenden Abwesenden stellte. Große Empfindlichkeit war übrigens bei Hein bisher, was leider auch im Verkehre mit der Bürgererschaft deutlich hervortrat, nicht zu spüren! Seine landwirtschaftliche Sachverständigkeit hätte er aber trotzdem nicht so rühmen dürfen, weil die Antwort darauf doch sofort gegeben werden mußte. Nun steht Hein allerdings in der städtischen Verwaltung in einer ganz besonderen Ausnahmestellung. Er ist unbeförderter Stadtrat, bekommt aber 6000 Mark jährliches Gehalt als städtischer landwirtschaftlicher Sachverständiger. Dabei ist er schon 40 Jahre lang Rentier. Vor diesem fast halben Jahrhundert hatte er etwa zwei Jahre lang aus Liebhaberei ein Gut. Daraus stammt die Sachkenntnis, die der Stadt jährlich 6000 Mark kostet. Es soll allerdings auch einige andere landwirtschaftliche Beziehungen des Herrn gegeben haben. So spricht man aus älterer Zeit von Auseinandersetzungen mit einem bekannten Großgrundbesitzer wegen erheblicher Spieldifferenzen, die beinahe zu einem Waffengange geführt hätten. — Weder dürfte auch diese Verhandlung unserer Bevölkerung für die Zukunft wenig nützen. Die neue — G. m. b. H. der Milchhändler, die Scholz anknüpft, erfüllt uns mit schwersten Bedenken! G. m. b. H.s haben wir nachgerade wirklich genug. Was dringend fehlt, ist praktisch mütliche, mit voller Einsicht und warmem Interesse für die Kriegsnöte der Schwachen gern gewährte städtische Fürsorge. Der Oberbürgermeister meinte schließlich, es sei wenig Positives zum Vorzeichen gekommen! Ja, er klagte sogar, daß das Ansehen der Verwaltung durch die Ausführungen gelitten habe. Muß man denn immer wieder an das bekannte Wort erinnern, daß es auch ein Unglück für Oberbürgermeister ist, wenn sie die Wahrheit nicht hören können? Ganz und gar unverständlich ist seine Bemerkung, daß es auch in anderen Großstädten nicht besser zugehe. Wir wünschten nur, daß die Stadt Danzig endlich einmal das bessere Vorbild anderer Großstädte in Kriegsfürsorge und Ernährungspolitik nachahmen möchte. Es ist wirklich höchst erfreulich dafür! Mit Betrübnissen wie die wieder ins Wasser gefallene große Schweinemästerei kann sich unsere Bevölkerung nicht länger abpeifen lassen. Reberbeit ist es wohl selbstverständlich, daß eine genaue Durchprüfung sämtlicher Verhältnisse von Grebenerwald und auch des Gutes Neukirchenslampe nun unbedingt folgen muß. Auch die Danziger Neuesten Nachrichten bedauern „die bittere Tatsache, daß die Gutsverwaltung der Bevölkerung nach mehr als zwei Kriegsjahren mit leeren Händen gegenübersteht“. Das Wort meint auch, leider nur sehr schüchtern, daß es sich nicht bloß um persönliche Einwirkungen bei diesem Verjagen gehandelt habe. Dieses System hätte aber doch nicht zu solchen Folgen führen können, wenn die Presse in vollem Umfange charaktervoll und entschieden gefordert hätte, daß der unleidliche Danziger Ausnahmezustand aufgehoben müsse. Wir haben dies vom ersten Tage im vollsten Umfange getan. So sehr uns die Verhältnisse Recht gegeben haben, bedauern wir, daß wir nicht stark genug waren, um Danzigs Einwohner besser zu schützen. Nachstehend lassen wir die Ausführungen der Redner in der Hauptversammlung:

Stadtv. Bauer: Am letzten Dienstag sei vom Magistrat und Stadtrat Hein beschied, daß die gesamte Milchherzeugung des Gutes Grebenerwald verbuttert wurde. Wer täglich die Not und den Mangel der Frauen sehe, die vor den Geschäften aufstünden, müsse sich fragen, wie die Stadt so handeln könne. Als gewünscht wurde, daß die ganze Milch nach Danzig kommen solle, habe der Magistrat eine Antwort gegeben. Er hoffe, daß es heute geschehe, und daß die Stadt außer der Pflichterfüllung gegen die empörten Bürger auch besondere Vorkehrungen für die Güter schaße, indem sie die frische Milch nach Danzig bringe. Dies müsse auch vom Gute Neukirchenslampe geschehen. Die Entfernung sei nicht zu weit. Es komme nach Milch aus weit größerer Entfernung hierher. 100 Liter Milch ergeben 7 Pfund Butter, für die man jetzt 18 Mark erhalte. Den Liter Milch dagegen könne man mit 20 Pf. berechnen, so daß ein Ertrag von 20 Mark für 100 Liter herauskomme. (Bei direktem Verkauf würde die Stadt 28 Pf. pro Liter und damit 28 Mark erzielen. (Nach B.) Bei 300 Litern würde die Stadt bei reiner Milchherzeugung täglich 50 Mark mehr verdienen, als bei der Verbutterung. Die erzeugte Butter sei aber noch nicht einmal der Allgemeinheit zugute gekommen. Einige bevorzugte Familien bekamen sie in großen Posten.

Oberbürgermeister Scholz: Der Magistrat ist sich des Ernstes der Lebensnotwendigkeit durchaus bewusst. Wenn die Stadtverwaltung nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, so ist dies ein Zeichen für die Notwendigkeit, die Verwaltung zu reorganisieren. Er glaubt aber, daß es sehr überflüssig wäre, wenn man meinte, daß die beiden kleinen Güter etwas Nennenswertes hätten könnten. Getreide und Kartoffeln seien beinahe nicht vorhanden. Deshalb habe die Stadt Veranschlagung auf beiden Gütern angedeutet. Eine wirkliche Mangelnot habe es in diesem Sommer in Danzig nicht gegeben. (Viele Zurufe.) In diesem Sommer nicht! Man habe festgestellt, daß die Milch von Neufährerstampfe wegen der mangelhaften Unterhaltung und Schwierigkeit des Transportes nicht nach Danzig gebracht werden könne. Für Grebenerwald kam nur der landwirtschaftliche Sachverständiger (Dies ist eben, was Scholz immer nicht sagte, ebenfalls Stadtrat Heim Red. B.) zu der Überzeugung, daß es besser sei, die Milch zu veräußern. Die Butter wurde in der Markthalle verkauft. Es sei richtig, daß Butter an einige Anstalten auf dem Gute verkauft wurde. In Grebenerwald wurden Küber und Schweine gemästet und nach Danzig gebracht. Inzwischen habe sich der Magistrat mit der Frage beschäftigt, die Milch nach Danzig zu bringen. Die Schwierigkeit sei, daß die Butter beschlagnahmt sei und eine Rückversicherung vor der Türe liege. Der Magistrat wolle aber eine G. m. b. H. der Milchhändler gründen und mit dieser in Verbindung treten. Auf Gut Königsberg werde Gemüße gebaut und verkauft 250 Kaninchen, in Vorkant noch 60 Stück gezeugt 250 Hühner seien in Königsberg zur Zucht beschickt.

Stadtr. Fiebing: In der Bürgerchaft habe die Mitteilung über die Verhütung der städtischen Milch Mangeln hervorgerufen. Seine Erwartung, daß der Magistrat die Milch insgesamt nach Danzig stellen würde, sei nicht erfüllt. In einem Zeitungsausschnitt verleihe er dagegen eine Rechtfertigung, die sich nicht verstehen und entschuldigen lasse. Er habe schon im Sommer den Dezerementen ersucht, die Milch nach Danzig zu bringen. Es war leider nur ganz oberflächlich, daß im Sommer täglich 6000 Liter Milch nach Danzig kamen. (Wir erinnern uns, daß auch Dr. Gumpert auf dem Bechensande der Bürgervereine mit der Einführung dieser 6000 Liter Milch eine gewisse Verbindung über Danzigs Milchverhältnisse verhandelte. Red. B.) Unsere ärmere Bevölkerung war notwendig immer nur auf Kartoffeln angewiesen. Wie könne man unter diesen Umständen behaupten, daß im Sommer eine Milchnot nicht bestanden habe? Er habe den Magistrat gebeten, die städtische Gutmilch spätestens vom 1. September nach der Stadt zu liefern. Auf dieses Schreiben, das A. verlas, habe er nicht einmal eine Antwort erhalten. Er habe ausgeführt, daß der Regierungsrat die Abhilfe gebahnt habe, im Interesse Danzigs einige Küber zwangsweise zur Milchlieferung zu veranlassen. In Folge dessen die Stadt unmöglich entgegengekehrt werden. Erst vor der letzten Stadtratsversammlung habe ihm Bürgermeister Bau gesagt, daß Stadtr. Heim nicht dazu zu bewegen sei, die Milch nach Danzig zu bringen. Er habe nun auf den Oberbürgermeister. Auch diese Erwartung sei getäuscht. Was andere nach tun sollten, tue leider der Magistrat, das sei das Furchtbare. Die Entfernung von Neufährerstampfe habe keine Rolle. Danzig bekomme sogar Milch von Bromberg. Er wolle nur hoffen, daß sich nicht die Landwirte die von dem Magistrat in dem eigentümlichen Zeitungsartikel wiederbegehrte Ansicht zu eigen machten. Die darin enthaltene Behauptung, daß Fett und Butter von dem Gute nach Danzig gekommen seien, sei unrichtig. Er kenne die Markthalle genau und wolle von solchen Behauptungen nichts. Der Redner teilt darauf die Fortgabe der Butter und die Mengen mit, die wir in der Einleitung angegeben haben. Diese Zahlen seien ihm ausgefallen, weil der Zeitungsartikel behauptet, daß die Butter nach Danzig gekommen sei. Die Milch und die Butter des Gutes seien bei den großen Zuschüssen von dem Gute der Bürger geschaffen. Sie müßten daher unbedingt nach Danzig kommen. Der Oberbürgermeister dürfe das Eingreifen der Behörden nicht erwarten. Die Milch, die zur Ernährung der Stadt bestimmt wurde, müsse uns belassen werden.

Oberbürgermeister Scholz: Wenn man es hier zu hören, sehe es an, als ob man mit den paar hundert Liter Milch viel um könne. Er habe bereits Anweisung gegeben, daß die Butter nur nach der Markthalle kommen solle. Das Gemeindefürsorgeamt könne seinem Zwecke am besten werden, aber nichts sagen können, wenn es sich um die Versorgung der Bevölkerung handelt. Die außerordentliche Beschlagnahme der Butter der 46 auf dem Gute befindlichen Küber, die in der Markthalle zu verkaufen, im übrigen habe er die Angelegenheit weiter zu verfolgen, er werde es aber nicht nachlassen.

Stadtr. v. Dreyhaupt: Einiges Vorgehen müßte dem Oberbürgermeister werden der großen Selbständigkeit des Dezerementen bezeugen. Von seiner Selbstständigkeit zeige, daß nicht die Angelegenheit des Oberbürgermeisters nicht beachtet werden. Das sei die Aufgabe der Verwaltung, die man sich nicht gefallen lassen dürfe, die aber auch die Aufgabe der Polizei bezeugen müßte. (Viele Zurufe.)

Oberbürgermeister Scholz: Ich habe die Bemerkungen verdankt. Ich habe die Bemerkungen der Herren nicht beachtet, aber ich werde mich nicht durch sie abhalten lassen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Ich werde es aber nicht nachlassen.

Stadtr. v. Dreyhaupt: Ich habe die Bemerkungen verdankt. Ich habe die Bemerkungen der Herren nicht beachtet, aber ich werde mich nicht durch sie abhalten lassen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Ich werde es aber nicht nachlassen.

Stadtr. v. Dreyhaupt: Ich habe die Bemerkungen verdankt. Ich habe die Bemerkungen der Herren nicht beachtet, aber ich werde mich nicht durch sie abhalten lassen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Ich werde es aber nicht nachlassen.

Stadtr. v. Dreyhaupt: Ich habe die Bemerkungen verdankt. Ich habe die Bemerkungen der Herren nicht beachtet, aber ich werde mich nicht durch sie abhalten lassen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Ich werde es aber nicht nachlassen.

Stadtr. v. Dreyhaupt: Ich habe die Bemerkungen verdankt. Ich habe die Bemerkungen der Herren nicht beachtet, aber ich werde mich nicht durch sie abhalten lassen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Ich werde es aber nicht nachlassen.

Stadtr. v. Dreyhaupt: Ich habe die Bemerkungen verdankt. Ich habe die Bemerkungen der Herren nicht beachtet, aber ich werde mich nicht durch sie abhalten lassen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Ich werde es aber nicht nachlassen.

Oberbürgermeister Scholz: Diese schweren Vorwürfe müßte er zurückweisen. Es verändere die Situation, wenn man es so darstelle, daß die Stadt nichts gegen die Kartoffelnot tue. Die Kartoffeln müßten doch eben da sein und von der Landwirtschaft hergegeben werden. (Und das städtische Gut? Red. B. B.) Den Artikel habe der Magistrat nicht anonym veröffentlicht wollen. Er wisse nicht, warum es die Zeitungen getan hätten. Zu den landwirtschaftlichen Kenntnissen des Stadtrats Heim könne er nur sagen, daß alle Sachverständigen übereinstimmend die Überzeugung seien, daß die Güter ausgezeichnet bewirtschaftet würden. (Auf einen Zuruf aus der Versammlung meinte Scholz, er müsse nicht, ob Stadtr. Komalki Sachverständiger sei. Hierher machte auch Stadtr. Schade, der die Butterangelegenheit schon in der früheren Sitzung ironisch glosiert hatte, einige gegen die Kritik gerichteten Zwischenrufe.) Die Stadtratsversammlung könne doch nicht etwa auf die Güter hinausfahren. Er wolle die Behauptung zurück, daß man Heim nicht die Hälfte glauben könne. Ueberreibungen so subjektiver Art seien kein Kampf. Er habe noch heute die Überzeugung, daß die Güter ausgezeichnet bewirtschaftet würden und im besten Zustande seien. (Zurufe: 30 000 Mark! Unterbilanz!)

Stadtr. Henn: Wahr sei, daß Stadtrat Heim sich über jeden Beschuß der Kommission hinwegsetze. Bei der großen Milchknappheit vor einem Jahre wurde beschloffen, 40 junge Milchkuhe für 20 000 Mark zu kaufen. Der Stadtrat tat dies nicht. Er habe ihn häufig erbeten, Milch nach Danzig zu liefern, immer lehnte er es aber ab. Er kümmere sich weder um die Beschlüsse der Stadtratsversammlung noch um die des Magistrats, sondern fühle sich als halber Gott. Die Milch wolle er den Herrschaften geben haben. Redner hat die Tiere vor einigen Wochen beschlagnahmt und festgesetzt, daß sie in großem Maße Milch nicht mehr bekommen könnten. Küber müßte es, nach Auskunft seines Verwalters mit Vollmilch und Eiern. Das könne man doch jetzt nicht tun, wo man selbst für Kinder keine Milch habe. Heim habe das Glück, mit einem tüchtigen Verwalter zu arbeiten. Auch hätten ihm reichliche Mittel zur Verfügung. Dabei müsse ja ein ganz unfähiger Mann gut wirtschaften können.

Stadtr. Komalki: Es solle bei den gemachten Feststellungen immer ruhig zu bleiben. Wenn man sage 300 bis 400 Liter Milch seien bei 20 000 Einwohnern nicht viel, so frage er, wo wir hinwären, wenn alle Produzenten so denken würden. Die Stadt sollte nicht zu denken und handeln. Die von Fiebing genannten Zahlen seien nur für Grebenerwald. Das Gut Neufährerstampfe sei nachprüfungen nach vollständig entzogen. Es sei gar nicht ausgeschlossen, daß dort noch unerfreuliches vorgekommen sei. Es bleibe zu erwägen, auch dort nachzuprüfen. Die Verlesung des Stadtrats Heim könne man schon deshalb nicht umgehen, weil man es in diesem Falle noch nicht mit dem Magistrat zu tun habe. Es sei auch nicht allfänglich, daß die Jagd auf Grebenerwald nicht verachtet sei, obwohl in der Umgebung Danzigs hohe Preise dafür bezahlt würden, und nur dies Gut bereits 500 Mark jährlich geboten seien. Auch auf Neufährerstampfe sei die Jagd nicht verachtet. Er sei auf beiden Gütern die 1000 Mark Jagd bringen dürften. Stadtrat Heim übertrage, der den Nutzen der Stadt zu fördern habe. Für Grebenerwald habe er die Rechnungen nachgeprüft, aber nicht auf der Jagd Einnahmeposten für Jagdtrüge (Er habe zu bedenken, sollte denn die Jagd ganz ergebnislos geblieben sein, so würde Heim schlicht schief sein.) Das Bild ist unvollständig. Schade müßte der Stadtrat doch einmal Erfolg gehabt haben. Es ist doch nicht unmöglich, daß das Bild, wie die Butter, nach Danzig gekommen sei. Der nicht im Interesse der Stadt liege. Er habe heute 30 000 Mark vom Magistrat.

Stadtr. Fiebing: Wegen der 70 000 Liter Milch, die Danzig im Sommer nicht erhalten haben, erwirbe er dem Oberbürgermeister, daß man nicht für die Kranken Kinder in Heubuden weniger Milch bekommen könne. Es sei also nicht möglich, das Bild, wie die Butter, nach Danzig gekommen sei. Der nicht im Interesse der Stadt liege. Er habe heute 30 000 Mark vom Magistrat.

Oberbürgermeister Scholz: Es war wohl kein Ueberfluß an Milch, aber es ist ein Mangel an Fett und Butter. Wegen der Mangelversorgung der Stadt ist man gezwungen, daß das Gut doch verkauft werden müsse. Das Bild ist, wie über mitgeteilt wurde, wahr, aber es ist die Wichtigkeit nachzusehen, aber für sie verkauft. (Zurufe: 30 000 Mark!)

Stadtr. Komalki: Der Oberbürgermeister meinte, es werde bei der Milchknappheit es in der Gemarkung für die Bevölkerung viel bedeuten. Er habe aber niemand die Sache hinreichend. Redner meinte aber, daß eine Familie täglich 2 Liter Milch, so hätte man allein von der aus Grebenerwald verbrauchten können, daß 500 bis 400 Liter Milch für die Stadt kämen. Schon diese einzige Ermüdung wäre ein anderer Verdienst gewesen. Es wäre einem in Danzig, wenn man die Frauen und Kinder so leben sehe, wie die Milch der Stadt ihre Milch nicht herbeiführte. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen.

Stadtr. Komalki: Der Oberbürgermeister meinte, es werde bei der Milchknappheit es in der Gemarkung für die Bevölkerung viel bedeuten. Er habe aber niemand die Sache hinreichend. Redner meinte aber, daß eine Familie täglich 2 Liter Milch, so hätte man allein von der aus Grebenerwald verbrauchten können, daß 500 bis 400 Liter Milch für die Stadt kämen. Schon diese einzige Ermüdung wäre ein anderer Verdienst gewesen. Es wäre einem in Danzig, wenn man die Frauen und Kinder so leben sehe, wie die Milch der Stadt ihre Milch nicht herbeiführte. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen.

Stadtr. Komalki: Der Oberbürgermeister meinte, es werde bei der Milchknappheit es in der Gemarkung für die Bevölkerung viel bedeuten. Er habe aber niemand die Sache hinreichend. Redner meinte aber, daß eine Familie täglich 2 Liter Milch, so hätte man allein von der aus Grebenerwald verbrauchten können, daß 500 bis 400 Liter Milch für die Stadt kämen. Schon diese einzige Ermüdung wäre ein anderer Verdienst gewesen. Es wäre einem in Danzig, wenn man die Frauen und Kinder so leben sehe, wie die Milch der Stadt ihre Milch nicht herbeiführte. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen.

wesen, sofort mit allen 20 000 Mark nach Danzig zur Stadt zu bringen. Aber nichts ist geschehen. Heim habe nicht das Gefühl, daß er als Stadtrat für die Bevölkerung haben müsse.

Stadtr. v. Dreyhaupt: Ich habe die Bemerkungen verdankt. Ich habe die Bemerkungen der Herren nicht beachtet, aber ich werde mich nicht durch sie abhalten lassen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Ich werde es aber nicht nachlassen.

Oberbürgermeister Scholz: Ich habe die Bemerkungen verdankt. Ich habe die Bemerkungen der Herren nicht beachtet, aber ich werde mich nicht durch sie abhalten lassen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Ich werde es aber nicht nachlassen.

Stadtr. Komalki: Der Oberbürgermeister meinte, es werde bei der Milchknappheit es in der Gemarkung für die Bevölkerung viel bedeuten. Er habe aber niemand die Sache hinreichend. Redner meinte aber, daß eine Familie täglich 2 Liter Milch, so hätte man allein von der aus Grebenerwald verbrauchten können, daß 500 bis 400 Liter Milch für die Stadt kämen. Schon diese einzige Ermüdung wäre ein anderer Verdienst gewesen. Es wäre einem in Danzig, wenn man die Frauen und Kinder so leben sehe, wie die Milch der Stadt ihre Milch nicht herbeiführte. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen.

Stadtr. Komalki: Der Oberbürgermeister meinte, es werde bei der Milchknappheit es in der Gemarkung für die Bevölkerung viel bedeuten. Er habe aber niemand die Sache hinreichend. Redner meinte aber, daß eine Familie täglich 2 Liter Milch, so hätte man allein von der aus Grebenerwald verbrauchten können, daß 500 bis 400 Liter Milch für die Stadt kämen. Schon diese einzige Ermüdung wäre ein anderer Verdienst gewesen. Es wäre einem in Danzig, wenn man die Frauen und Kinder so leben sehe, wie die Milch der Stadt ihre Milch nicht herbeiführte. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen.

Oberbürgermeister Scholz: Ich habe die Bemerkungen verdankt. Ich habe die Bemerkungen der Herren nicht beachtet, aber ich werde mich nicht durch sie abhalten lassen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Ich werde es aber nicht nachlassen.

Stadtr. Komalki: Der Oberbürgermeister meinte, es werde bei der Milchknappheit es in der Gemarkung für die Bevölkerung viel bedeuten. Er habe aber niemand die Sache hinreichend. Redner meinte aber, daß eine Familie täglich 2 Liter Milch, so hätte man allein von der aus Grebenerwald verbrauchten können, daß 500 bis 400 Liter Milch für die Stadt kämen. Schon diese einzige Ermüdung wäre ein anderer Verdienst gewesen. Es wäre einem in Danzig, wenn man die Frauen und Kinder so leben sehe, wie die Milch der Stadt ihre Milch nicht herbeiführte. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen.

Oberbürgermeister Scholz: Ich habe die Bemerkungen verdankt. Ich habe die Bemerkungen der Herren nicht beachtet, aber ich werde mich nicht durch sie abhalten lassen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Ich werde es aber nicht nachlassen.

Stadtr. Komalki: Der Oberbürgermeister meinte, es werde bei der Milchknappheit es in der Gemarkung für die Bevölkerung viel bedeuten. Er habe aber niemand die Sache hinreichend. Redner meinte aber, daß eine Familie täglich 2 Liter Milch, so hätte man allein von der aus Grebenerwald verbrauchten können, daß 500 bis 400 Liter Milch für die Stadt kämen. Schon diese einzige Ermüdung wäre ein anderer Verdienst gewesen. Es wäre einem in Danzig, wenn man die Frauen und Kinder so leben sehe, wie die Milch der Stadt ihre Milch nicht herbeiführte. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen.

Oberbürgermeister Scholz: Ich habe die Bemerkungen verdankt. Ich habe die Bemerkungen der Herren nicht beachtet, aber ich werde mich nicht durch sie abhalten lassen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Ich werde es aber nicht nachlassen.

Stadtr. Komalki: Der Oberbürgermeister meinte, es werde bei der Milchknappheit es in der Gemarkung für die Bevölkerung viel bedeuten. Er habe aber niemand die Sache hinreichend. Redner meinte aber, daß eine Familie täglich 2 Liter Milch, so hätte man allein von der aus Grebenerwald verbrauchten können, daß 500 bis 400 Liter Milch für die Stadt kämen. Schon diese einzige Ermüdung wäre ein anderer Verdienst gewesen. Es wäre einem in Danzig, wenn man die Frauen und Kinder so leben sehe, wie die Milch der Stadt ihre Milch nicht herbeiführte. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen. Die Entwertung der Milch durch die Verlesung der Stadt ist ein Verbrechen.

Oberbürgermeister Scholz: Ich habe die Bemerkungen verdankt. Ich habe die Bemerkungen der Herren nicht beachtet, aber ich werde mich nicht durch sie abhalten lassen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Ich werde es aber nicht nachlassen.

Vergessen Sie nicht
dass es notwendig ist
die Volkswacht
die heute niemand entbehren kann
sofort zu bestellen
Abonnements-Erklärungen nehmen alle
Postanstalten, alle Briefträger, alle
unsere Kolporteurs und die Vertrauens-
leute der Arbeiterorganisationen, in
unsere Geschäftsstelle: Danzig,
Friedrichsstraße 32, jederzeit entgegen.

Ausführungen in der Urteilsbegründung: Davi einer Reichsgerichtsentscheidung vom 8. Juli 1915 wird das Wahrigen als Betrug bestraft. Es ist zur Straffälligkeit nicht nötig, daß von vornherein für diese „Tätigkeit“ Geld verlangt wird.

Schweh. Vom Wachtposten erschossen. Die militärischen Abwehrmaßnahmen, die durch den mißlungenen Fluchtversuch eines russischen Offiziers veranlaßt wurden, hatten, laut „Ges.“, einen bedauerlichen Unglücksfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, zur Folge. Das Dienstmädchen Probstowski aus Thymau passierte mit ihrem Liebhaber während dieser Zeit die abgesperrte Straße; auf den dreimaligen Halleruf des Postens ging das Mädchen weiter, ohne die Warnungsrufe zu beachten. Hierauf fiel ein Schuß, der das Mädchen sofort tötete. Dem Wachtposten ist keine Schuld beizumessen, da er seiner Instruktion gemäß gehandelt hat.

Aus der Partei

Adolph von Elm gestorben.

Wieder hat der Tod eine schmerzliche Lücke in die Reihen der deutschen Sozialdemokratie gerissen — Genosse Adolph von Elm ist am Montagabend in Hamburg plötzlich einem Herzschlag erlegen. Der so früh aus dem Leben Geschiedene wäre in wenigen Tagen 59 Jahre alt geworden. Von Beruf Zigarrensortierer, widmete er sich in seiner Vaterstadt Hamburg eifrig der gewerkschaftlichen Organisation und schon 1881 war er Geschäftsführer des Vereins der Zigarrensortierer, eine Stelle, die er bis 1891 bekleidete. Elm hat seine Tätigkeit natürlich nicht nur auf seinen Beruf beschränkt, er war überall tätig, wo er seine Kraft einzusetzen vermochte. Was unsere machtvollen Gewerkschaften heute sind, das verdanken sie mit der rastlosen Tätigkeit Elms. Mindestens ebensoviel verdankt ihm die Genossenschaftsbewegung. Die mustergültige Hamburger „Produktion“ fand in ihm einen eifrigen Förderer. Von 1891 ab leitete er die Tabakarbeitergenossenschaft, die heute einen Zweig der Großkaufmannschaft deutscher Konsumvereine bildet. Als die „Volksfürsorge“ geschaffen wurde, stand Elm wieder in den vordersten Reihen und es war kein schlechter Griff, als er zum Leiter dieses neuen Unternehmens berufen wurde, das er mit geschickter Hand durch alle Fährlichkeiten leitete.

Seine erstaunliche Arbeitskraft ließ ihn aber auch in der politischen Bewegung sich betätigen. Genosse Wolfenbühler war im Jahre 1893 im Wahlkreis Pinneberg-Seeberg den Machenschaften der Gegner unterlegen. Die Wahl wurde am 18. April

1894 vom Reichstag kassiert, und da Wolfenbühler mittlerweile anderweit gewählt worden war, stellten die Parteigenossen Adolph von Elm auf, der dann in der Stichwahl mit knapper Mehrheit siegte. 1898 und 1903 siegte er mit immer steigender Stimmenzahl bereits im ersten Wahlgang, dagegen unterlag er 1907 dem Hottentottenblock und auch 1912 vermochte er das Mandat nicht wieder zu erringen.

So bekleidete Elm in allen Epochen der modernen Arbeiterbewegung Ehrenämter, allenfalls getragen vom Vertrauen der Massen. Ein braver Kämpfer, ein guter Mensch ist mit ihm dahingegangen. Die Sozialdemokratie wird sein Andenken stets in Ehren halten.

— Die sozialdemokratische Friedensaktion. Im größten verfügbaren Saal Stuttgarts sprach Reichstagsabgeordneter Dr. David. Die erschienenen etwa 1500 Personen füllten den Raum bis zum letzten Platz. Auch die Mitglieder der von der Gesamtpartei losgelösten Organisationen hatten sich zahlreich eingefunden. Die Versammlung verlief ohne jede Störung. David erntete an vielen Stellen seines Vortrages starken Beifall, so namentlich, als er den Kämpfern an der Front den wärmsten Dank ausdrückte, als er scharfe Kritik an der Organisation der Nahrungsmittelversorgung übte, und als er die Annektionsphantasten bekämpfte. Am Schluß gestaltete sich der Beifall zu einer lang anhaltenden Rundgebung des Einverständnisses mit Davids Ausführungen.

Soziales

— Feudal. In den „Anstellungs-Nachrichten“, Amtliche Mitteilungen für kriegsbeschädigte und versorgungsberechtigte Militärpersonen, herausgegeben vom Königlich Preussischen Kriegsministerium, steht man in der Nummer vom 19. August d. Js. folgendes Stellenangebot:

Gesicht
wird zum 1. Oktober unter Förster
energischer, erfahrener
Forstgehilfe.
Spätere Verheiratung gestattet.
Rittergut Lubosch,
Kreis Birnbaum, Posen.

Ist es nicht recht nett von dem Herrn Rittergutsbesitzer, daß er seinen Angestellten die Ausübung eines selbstverständlichen Menschenrechtes wenigstens für später gestattet?

— Burgfriedliches aus dem Unternehmertum. Trotz aller Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen während des Krieges gibt es immer noch Unternehmer, die den Kampf gegen die

Berufsverbände unbeirrt weiterführen. So hält es auch die Hoffmannshütte in Oberhausen (Rheinland) noch für nötig, einen Stellenbewerber einen Fragebogen vorzulegen, der neben anderen überflüssigen Fragen auch die Beantwortung verlangt, ob der Bewerber dem Bunde technisch-industrieller Beamten oder dem Deutschen Facharbeiterverbande angehört. Die beiden genannten Verbände haben sich, da die Direktion ihre Vorstellungen unbeantwortet ließ, an das zuständige Generalkommando gewandt, um die Firma zur Wahrung des Koalitionsrechts zu veranlassen.

Nach ungenügender Bekämpfung des Koalitionsrechts ihrer Angehörigen die Luftfahrzeug-Gesellschaft m. b. H. in Adlershof bei Berlin. In einem Anstellungsbrief für einen Ingenieur befindet sich folgender Passus: „Sie verpflichten sich bei einer Strafe von 100 Mark (in Worten Einhundert Mark) für jeden Einzelfall, sich jeder Werbetätigkeit für Technikervereine, -vereine u. dgl. zu enthalten.“

Ganz richtig bemerkt die „Industriebeamtenzeitung“ dazu, daß eine derartige Beschränkung keine Rechtfertigung besitzt. Deshalb ist der Versuch aber doch verwerflich und umso bezeichnender, als die Luftfahrzeuggesellschaften selbst sich selbst organisiert haben und durch Konkurrenzklauel den Angestellten sogar einen Stellenwechsel ohne Zustimmung der Firma unterbinden. Die genannte Firma nimmt also für sich selbst das Koalitionsrecht zur Verfolgung eigensüchtiger Zwecke in Anspruch, verweigert aber dennoch ihren Angestellten jede Betätigung in deren Organisation.

Literatur

— Der sozialdemokratische Adreßkalender, welcher seit mehreren Jahren von der Vorwärts-Buchdruckerei in Berlin herausgegeben wird, erscheint in der gewohnten soliden Ausmachung auch für das Jahr 1917. Das um viele wichtige Gebenstage vermehrte Adreßverzeichnis befindet sich im Druck, während das von Künstlerhand stammende, diesmal besonders gut gelungene Bild der Rückwand bereits im Original vorliegt. Ausführliche Prospekte werden den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen in nächster Zeit zugehen, und der Verlag bittet schon heute um recht baldige Uebernahme der Aufträge. Verzögerte Bestellungen, welche im vergangenen Jahre auf der einen Seite eine überhäufte Herstellung und auf der anderen die Abweisung vieler Hunderte von Käufern zur Folge hatten, sollen diesmal auf jeden Fall vermieden werden.

— G. Frentags Kriegsarte von Rumänien, 1:1 000 000, 70:100 cm groß. Preis 1,20 Kr. = 1 Mt., mit Postzusendung 1,30 Kr. = 1,10 Mt. Verlag G. Frentag & Berndt, Wien VII und Leipzig (Robert Friele, Seeburgstraße).

— Der Führer durch das preussische Einkommensteuergesetz ist soeben in neu durchgesehener Auflage herausgekommen. Daß es sich als ein guter Berater in Steuerfragen erwiesen hat, beweist allein schon der Umstand, daß bisher 30 000 Exemplare verkauft worden sind. Wir können jedem preussischen Steuerzahler dringend empfehlen, sich das Büchlein anzuschaffen. Es kostet 40 Pf. und ist in jeder Parteibuchhandlung zu kaufen oder direkt vom Verlag Buchhandlung „Vorwärts“ Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68, zu beziehen.

— Ueber Begriff und Bedeutung der Kommunaloffenschaft. Von Hugo Lindemann. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 2 Mt., Vereinsausgabe 0,75 Mt.

Sozialdemokrat. Verein Danzig, -Stadt.
Montag den 9. Oktober 1916, abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im großen Saal der Frau Steppuhn-Schidlig.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung von der Reichskonferenz.
Referent Gen. Paul Früngel.
2. Diskussion.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Der Vorstand. J. A. Sella.

Bekanntmachung. IV a. Nr. 54842.

Auf Grund der §§ 4 und 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 und 11. 12. 1915 (R. G. Bl. S. 450) wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit für den Bereich des XVII. Armeekorps und der Festungen Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg folgendes verordnet:

- Messer (Schweizer) dürfen ihre Arbeitsstelle unter einseitiger Verletzung des Vertrages oder ohne ausdrückliche Einwilligung des Arbeitgebers vor Ablauf des Vertrages nicht verlassen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, nach ordnungsmäßiger Kündigung den Messern unverzüglich einen Loschein auszuhandigen.
- Dienstherren und Arbeitgeber dürfen Messer ohne einen Loschein nicht in Dienst und Arbeit nehmen.
- Gewerksmäßige Vermittler dürfen Messern Arbeit nur vermitteln, wenn die Messer im Besitze eines Loscheines sind.
- Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Haft oder Geldstrafe bis 1500 Mark erkannt werden.
- Diese Verordnung tritt am 20. September 1916 in Kraft.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg, den 14. September 1916.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General. [359]
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Wochenplan des Danziger Stadttheaters.

Montag, 2. Oktober: „Das Nürnbergische Ei“. Tragödie von Walter Haslam. (Zum 1. Male.)
Dienstag, 3. Oktober: „Die Zauberflöte“ von Mozart.
Mittwoch, 4. Oktober: „Waldmäre“. Von Richard Wagner.
Donnerstag, 5. Oktober: „Onkel Bernhardt“. Lustspiel von Friedmann und Kottow.
Freitag, 6. Oktober: „Die Zauberflöte“. Von Mozart.
Sonntag, 7. Oktober: „Emilia Gallotti“. 3. Klavierausführung. Trauerspiel von Lessing.
Sonntag, 8. Oktober, nachmittags: „Iphigenie auf Tauris“. Schauspiel von Goethe. — Abends: „Das Dreifüßerhaus“. (Zum 1. Male.) Singspiel, Musik nach Franz Schubert und H. Berle.

Vorzüglicher
Seifen-Ersatz
„Seifolin“ — markenfrei

in Stücken
zu
etwa 300 gr
Stück

Verkauf im
Erdgeschoss
in der
Parfümerie-
Abteilung

Freyermann
G. m. b. H.

Karbid-Lampen
Karbid- und Taschenlampen, Sprechmaschinen, Schallplatten, Nähmaschinen, vor- und rückwärtsnähend. [315] A. Hein, Breitgasse 115.

Zentral-Bibliothek Danzig
4. Damm 7, II (Eing. HöfERG.)
ca. 2000 Bände
Geöffnet Mittwochs 7-8 Uhr
Sonntags von 6-8 Uhr
Allen Gewerkschafts- und Parteigenossen zur unentgeltlichen Benutzung auf das wärmste empfohlen
Die Bibliotheksverwaltung

Drucksachen
für Handel und Gewerbe (sow. privaten Bedarf) liefert in geschmackvoller, preiswerter Ausführung schnellstens in Flach- und Rotationsdruck

Volksmacht Danzig
Paradiesgasse Nr. 32
Die gesetzliche Versorgung der
Kriegsteilnehmer
ihrer Witwen und Waisen
Preis 10 Pf.
Buchhandl. Volksmacht

Mass-Anfertigung
feinster
Herren-Bekleidung
Beste Verarbeitung Sehr mäßige Preise
Eugen Hasse
Kohlenmarkt 14/16. Fernsprecher 1854.

Mengenabgabe
vorbehalten

FREYDMANN

Sofa-Kissen
2.50 2.75 3.75

Günstige Angebote

Bezugscheinfrei

Für die neue Wohnung!

Bezugscheinfrei

Gardinen

Gardinen weiss, creme, elfenbein, in grosser Auswahl Meter	1.45	1.10	0.85
Gardinen abgepasst, weiss u. creme, schöne Muster- auswahl Fenster	9.50	7.00	5.00
Tüll-Stores weiss, creme, elfenbein Stück	6.00	4.85	2.95
Künstler-Vorhänge weiss, creme, elfenbein, aparte neue Must., Garnit.	6.50	5.50	5.00
Scheibengardinen weiss, creme, elfenbein, mit und ohne Volant Paar	0.90	0.60	0.38

Madras-Garnitur reiche Must. u. Farbenstell., Fenst.: 2 Schals, 1 Querbeh.	14.00	11.50	9.50
Tüllborden weiss u. creme, verschiedene Breiten Meter	0.60	0.45	0.25
Körper-Rollos weiss und creme, in allen Breiten vorrätig Stück	4.75	2.50	1.75
Tüllbettdecken neue Muster, 1 bettig Stück	5.00	3.50	2.25
Tüllbettdecken 2 bettig Stück	8.50	5.25	3.90

Teppiche

Arminster, Plüsch- und Haargarn-Teppiche, haltbare, solide Gebrauchsqualitäten in Perser-, und geschmackvollen neuzeitlichen Mustern
Alle Grössen in reicher Auswahl

Grösse etwa 155x200			Grösse etwa 160x240			Grösse etwa 200x300						
Stück	11.00	17.50	21.00	Stück	13.50	22.50	33.00	Stück	27.50	37.50	46.00	
Portieren aus Plüsch und Tuch, aus Leinen mit Kurbelstickerei	11.50	8.50	5.75	3.45	Diwandecken Gohelin- und Persermuster Stück	7.50	6.00	4.50	Diwandecken Plüsch und Mokette, Stück	28.50	22.50	19.50
Tischdecken aus Leinen, hell u. dunkel Stück	8.25	6.00	4.00	Tischdecken aus einfarbig und Mokette-Plüsch, Perser- und neuzeitliche Muster	18.50	13.00	9.50	Läuferstoffe aus Kokos, Haargarn u. Plüsch } 67 cm br., Mtr. 5.50 4.00 2.25 gute solide Qualitäten } 90 cm br., Mtr. 7.50 6.50 2.20				

Im 3. Stock

Haushaltwaren für die neue Wohnung

Grosse Auswahl
zu billigen Preisen

Extra-Angebot preiswerter Waren ohne Bezugschein

Zum Umzug!

Gardinen Meter-Ware, weiss, creme 1.25 4 95	75
Vorhangstoff gold-zeib. 1.90 m breit Meter	1.90
Möbel-Kattune moderne Muster	1.10
Scheiben-Gardinen weiss, creme Meter	75
Abgepasste Scheiben-Gardinen Paar	1.95
Läufer-Stoffe gute Qualität 3.25 4 95	68
Tüll-Bettdecken aus und weisse 4.95 3.25	1.95
Stoppdecken nur Handarbeit, rot und blau 18.50 12.50	8.50
Kinder-Stoppdecke rot-zeib. rot und grün	3.75
Gardinenstangen 1.25 Länger 100	58
Gardinenstangen 1.25 Zoll Länger 100	78
schiebbar bis 2 Meter	2.45
Tüll-Garnitur drei- und vierteilig 2.45	1.95

Handarbeiten

Bettwandschoner zer 4.75 3.25	2.65
Küchenwandschoner 2.75 1.95	1.35
Küchen-Parade-Handtuch 2.95 1.95	95
Besenhandtuch 3.45 2.75	1.95
Läufer gestickt und gezeichnet 1.95 1.45	95
Kissen gestickt und gezeichnet 2.10 1.65	95
Deckchen 60/40 2.50 1.45	95

Herren-Artikel

Serviteurs weiss u. bunt 1.30 1.10	95
Serviteurs weich, weiss und bunt 1.10 85	65
Kragen nur mod. Formen 75 60	45
Krawatten alle Formen 3.00 75 50	30
Hosenträger Gummi-Ersatz 2.10 1.25	95
Hosenträger Gummi 4.95 3.95	3.25
Herren- u. Knaben-Mützen blau 2.25 1.45	75

Alles ohne Bezugschein

Perlgarn 5 gr. alle Farben Dose	12
Perlgarn 10 gr. alle Farben Dose	20
Strickgarn D. M. C. Dose	10
Kunstseide alle Farben Dose	12
Nähteide jede Farbe Rolle	5
Raumwollband schwarz und weiss Stück 15	5
Leinenband weiss, blau Stück	12
Gardinen-Ringband Meter	12

Haar-Spangen mod. Formen 40 25	10
Haar-Spangen elegant Stück 2.25 1.95	95
Seiten-Kämme Paar 95 65 40	25
Zier-Kämme sehr modern 2.75	1.95
Schwabacher Haarnadeln Pack	4
Haarnadeln 2 Pack	5
Lockennadeln Brief	1
Druckknöpfe weiss, schwarz Dtzd.	10

Washbretter gute Qualität 95 75	65
Quirl-Garnitur 6 teilig	1.25
Soda-Garnitur 4 teilig	1.35
Messer-Kasten 2teilig 95 65	55
Gewürz-Schränke 9teilig 1.65 1.35	75
Gewürz-Etagere 6teilig 95	75
Deckel-Halter 65	45
Deckel-Halter mit Löffelbrett 1.45	1.25
Garderoben-Leisten 1.95 1.35 1.25	95
Putz-Kasten 1.25 95 60	40
Eier-Schränke 1.25	95
Fussbänke 1.45 85	65
Fleischbretter 95 75 55 35	25
Wäsche-Klammern Schock 45 35 28	20
Wäsche-Leinen 20 Mtr. 4.50 3.50	2.00
Eck-Bretter 1.45	95
Eck-Konsolen 48 35 28	12
Stuhlsitze rund und lokal 60 55	50
Markttaschen, Bastaschen, Netze, Fussmatten, Blechflaschen, Besen, Bürsten, Schuhcreme, Holzlöffel	

in grosser Auswahl

Julius Goldstein

Junkergasse Nr. 2, 3, 4
Lawendelgasse Nr. 4

Verlangen Sie Rabattmarken!

Ein burgfriedlicher „Sozialpolitiker“

Am 18. und 19. September ist in Eisenach unter Teilnahme von 100 Delegierten, die etwa fünf Millionen Bevölkerung vertreten, die Jahresversammlung des Hauptverbandes Deutscher Ortskrankenkassen abgehalten. Ihre Bedeutung besteht in der Teilnahme des Senatspräsidenten Hanow vom Reichsversicherungsamt. In einer Ansprache betonte dieser die sozialen Kriegseinstellungen der Ortskrankenkassen. Damit konnte er leider die hiesige Klasse nicht meinen. Die Tagung leitete bedeutende sozialpolitische Arbeit. Geschäftsführer Uhlmann sprach über Fürsorge für Kriegsteilnehmer. Graf Frankenthal a. M. wendete sich scharf gegen die Verwaltungsorgane, die die Klassen auch noch im Kriege schützten. Er meinte, solche Leute gehörten in den Schützengraben. Die Klassenleitungen sind in dieser Hinsicht leider zu viel durch über große Aengstlichkeit! Der Geschäftsführer forderte genügende Feuerungsätze für die Angestellten. Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal empfahl eine Prüfungsstelle entsprechend dem Revisionsverbänden der Gewerkschaften. Entgegen dem Widerspruch eines Diskussionsredners wurden seine Vorschläge angenommen. Graf sprach über Mutterschaftsfürsorge und forderte vorbildliche Tätigkeit der Klassen für die Mütter der Gegenwart und Zukunft. Der Bekämpfung der Volkskrankheiten durch die Krankenkassen galt das Referat von Kohn-Berlin. Es beschäftigten sich mit den Gefahren der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten. Rechtsanwalt Bendorff-Dresden verlangte grundlegende Wohnungsfürsorge seitens der Klassen auch durch Beilegung gemeinnützig hergestellter Kleinwohnungen. Die Danziger Allgemeine Ortskrankenkasse wurde durch ihren Strafvorstehenden, Magistratsassessor Berent, vertreten. Er scheint durch manche Ausführungen erheblich nervös geworden zu sein. Wer die Praxis der Danziger Klasse und die persönliche Beteiligung Berents daran kennt, wird sich darüber kaum wundern. Er will sich nur deshalb nicht gegen den sozialpolitischen Sturm und Drang der Versammlung gewendet haben, weil er dort — Neuling war. Sonst wäre es der Richtung Frähdorf, die ihm gar nicht gefällig, aber auch böse ergangen. Von den Revisionsverbänden will B. gar nichts wissen. In seinem sehr verständlichen — starken Selbstbewusstsein erscheinen sie ihm als Dresdener Bevormundung! Gegen Frähdorf und Dresden will B. sich nun dauernd mit männlicher Kraft wenden. Als „Wall“ gegen jene „Richtung“ will er einen westpreussischen Unterverband des Hauptverbandes gründen und die Leitung in die Hand nehmen. Dies würde, ganz abgesehen von der für gewisse Danziger Verhältnisse sehr bezeichnenden Tendenz, bedeuten, daß nicht allein die Tätigkeit der Danziger, sondern leider aller westpreussischen Ortskrankenkassen vom Danziger Armenamt bestimmt werden würde! Diese große Gefahr wird hoffentlich noch abgewendet werden. Am 22. Oktober soll bereits die Berentsche Gründung erfolgen. Am Abend vorher soll im Hotel Reichshof die gesellige — Vorbereitung der anderen Delegierten besorgt werden. Hoffentlich wird dort auch das notwendige offene Wort über die Danziger Richtung und ihre Pläne gesprochen. Auch im Interesse der Angestellten muß verhütet werden, daß die geheime Feme, die Berent bei der Anstellung des Geschäftsleiters und anderer Gelegenheit übte, auf alle westpreussischen Klassen übertragen wird.

Gegen anonyme Anzeigen.

Das stellvertretende Generalkommando hat uns ersucht, nachstehendes bekannt zu geben:
Seit einiger Zeit häufen sich die beim stellvertretenden Generalkommando eingehenden anonymen Anzeigen derart, daß es dringend erforderlich erscheint, diesem Unwesen zu steuern. Solange dergleichen Anzeigen nur vereinzelt eingingen, hat das stellvertretende Generalkommando angenommen, daß die Geheimhaltung des Namens des Absenders keinen unläuteren Beweggründen entspränge und ist auch den anonymen Anzeigen nachgegangen. Da hierdurch jedoch lediglich ein Anschwellen der anonymen Anzeigen erreicht wird, hiesse weiteres Eingehen auf diese, dem Denunziantentum Vorschub leisten. Wer nicht den Mut hat, offen und ehrlich mit Namensnennung eine für nötig erachtete Anzeige zu erstatten und auf Befragen die Richtigkeit seiner Angaben darzutun, von dem muß angenommen werden, daß sein Vorhaben niedrigen Instinkten entspringt: Neid, Rachsucht und Gehässigkeit. Er ist

ein eieider Feigling, für dessen lichtscheue Anzeige selbst der Papierkorb ein zu ehrender Aufenthalt ist.

In Zukunft werden daher solche anonyme Anzeigen unbefolgen vernichtet.

Wer jedoch glaubt, einen Mißstand entdeckt zu haben, dessen Beseitigung ihm erforderlich und im Interesse der Allgemeinheit liegend erscheint, der soll sich vertrauensvoll mit Angabe seines Namens und seiner Wohnung an die zuständige militärische Dienststelle wenden. Sobald bei der Polizei festgestellt ist, daß der angegebene Name kein vorgeschobener ist, wird solcher Anzeige jederzeit die dienstliche Prüfung und Ermittlung folgen. Es liegt in der Hand des Anzeigenden, um vertrauliche Behandlung seiner Anzeige zu bitten, und wird diesem Wunsch in weitestem Maße Rechnung getragen werden.

Kleider-Bezugscheine und Gewerkschaften.

Auch unsere städtische Verwaltung kann sich nicht dauernd gegen jeden Fortschritt verschließen. Schließlich muß auch hier einmal, trotz des zähesten Widerstandes, ein Schritt nach vorwärts getan werden. Mit den besten Gründen haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß man bei Prüfung des Kleiderbedarfs die Arbeiterorganisationen nicht ausschließen könne. Trotz der besten Gründe, die für die Zweckmäßigkeit der Beteiligung der Gewerkschaften sprachen, wollte man im Rathaus unter keinen Umständen von dem hier üblichen Ausschluß der Organisationen abweichen. Schließlich mußte man doch anders handeln. Am 21. September machte der Magistrat öffentlich bekannt, daß die Prüfung der Beschaffung von Kleidern nicht mehr den Bezirksvorstehern und Arbeitgebern überlassen bleiben sollte. Bisher hatten außer diesen Stellen nur noch die Behörden und die Kriegshilfe das Recht der Ausfertigung der Scheine. Nun sind neben dem Vorsteheramt der Kaufmannschaft, den Leitern der Schulen, den Vorstehern der Hospitäler, dem Nationalen Frauendienst, den Krankenkassen und den Innungen endlich die Gewerkschaften zugelassen worden. Sie haben nun das Recht, für ihre Mitglieder und deren Angehörige die Bezugscheine auszufertigen. Anderwärts mag dies nicht viel bedeuten. Für Danzig ist die Zulassung sehr viel mehr. Wir können den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern nur dringend raten, von der ihnen nunmehr gebotenen Gelegenheit, die Bezugscheine von ihrer Organisation ausfertigen zu lassen, in allen Fällen Gebrauch zu machen. Das ist die beste Antwort darauf, daß man ihnen bisher dies Recht verweigerte.

Richtig frankieren! Die Reichspostbehörde macht darauf aufmerksam, daß die Frist, bis zu der bei Fernbriefen, die nach den früheren Vorschriften freigestellt sind, nur die Reichsabgabe, und bei Briefen im Orts- und Nachbarortverkehr sowie bei Postkarten, die nach den früheren Sätzen freigestellt sind, nur der fehlende Betrag zu erheben ist. Ende September 1916 abläuft. Vom 1. Oktober 1916 ab werden die in der neuen Posttarifordnung vorgesehenen Straßpostnoll erhoben.

Musterung der „D. U.“ zweiten Aufgebots.

Die Musterung der dauernd untauglichen Mannschaften der Jahrgänge 1870 bis 1875 sowie die Musterung des Jahrganges 1898 ist durch den Kriegsminister jetzt angeordnet worden. Es gehören hierzu sämtliche un ausgebildeten Mannschaften dieser Jahrgänge, die im Frieden die Entscheidung „dauernd untauglich“ erhalten haben und diejenigen, die als Landsturmpflichtige der gleichen Jahrgänge während des Krieges ebenfalls die Entscheidung „D. U.“ erhalten haben.

Keine Anrechnung der Militärrente auf den Arbeitslohn. Das königlich preussische Staatsministerium bringt in sämtlichen Betrieben des preussischen Staates den Grundsatz zur Anwendung, die Militärrentenempfänger lediglich nach ihrer Arbeitsleistung ohne Berücksichtigung des Rentenbezuges zu entlohnen. — Das gleiche Verfahren wird jetzt in allen Reichsbetrieben eingeschlagen; der Reichskanzler (Reichsamt des Innern) hat ferner sämtliche Bundesregierungen aufgefordert, die Durchführung des erwähnten Grundsatzes in ihrem Verwaltungsbereich zu veranlassen. Der Reichskanzler hat außerdem in einem Schreiben an den Abgeordneten Marquardt die Auffassung vertreten, daß auch diejenigen öffentlichen oder privaten Stellen, welche etwa bisher eine abweichende Lohnregelung befolgt haben, sich dem Einflusse der herrschenden Anschauung und des von Reich und Staat gegebenen Vor-

bildes nicht weichen, entziehen können. Eines Eingehens auf die Frage, ob die städtischen Verwaltungen bisher die Rente auf den Lohn ganz oder teilweise angerechnet haben, wird es nicht weiter bedürfen. Dem deutschen Städtetag ist von der amtlichen Stellungnahme Kenntnis gegeben worden. Auch wird die Angelegenheit weiter im Auge behalten werden; etwaige Wahrnehmungen auf dem in Rede stehenden Gebiet sind zur Kenntnis des Staatssekretärs des Innern zu bringen.

Städtische Arbeitslosenfürsorge.

Auf Antrag des Kartells der freien Gewerkschaften mußten sich die Stadtverordneten am 26. September mit der Frage der Schaffung eines städtischen paritätischen Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenunterstützung beschäftigen. Stadtv. Nitz begründete die Notwendigkeit dieser Forderungen unter Berufung darauf, daß gerade jetzt die Vereinfachung der Arbeitsnachweise unbedingt geboten sei. Für die Zeit nach dem Kriege sei sie unvermeidlich. Da die Stadt sich leider auf diesem Gebiet nicht betätigt, habe die Handwerkskammer vorbereitende Schritte getan. Für die aus dem Felde Kommenden müsse ebenso wie für die Inwohner gesorgt und sie wirtschaftlich gestützt werden. Sie dürften nicht deshalb, weil sie für uns kämpften, dem Armenamt überlassen werden. Während dieser Ausführungen herrschte leider unangenehme Unruhe. Gerichtsassessor Dr. Meyer erklärte für den Magistrat, daß die Frage der Arbeitsvermittlung später allerdings von großer Bedeutung sein werde. Auch sei das Ziel des allgemeinen paritätischen Nachweises empfehlenswert, aber recht — schwierig. Auch anderwärts sei es gescheitert. Die Schwierigkeiten lägen in den bestehenden Nachweisen, die ihre Selbständigkeit nicht aufgeben wollten. Auch jetzt dürften sie eine andere Haltung kaum einnehmen. Die hiesigen Metallindustriellen könne man nicht übergehen. Man brauche doch die Arbeitgeber für die Arbeit. Vielleicht genüge eine vermittelnde Zentralkunststelle. Stadtv. Nitz meinte, daß der Nachweis der Metallindustriellen gar nicht so sehr in Frage komme. Die Staatsbetriebe würden sich sicher dem städtischen Nachweise anschließen. Der Magistrat solle doch aber wenigstens eine Verständigung mit den Metallindustriellen versuchen. Er bedauere, daß er dies nicht einmal tun wolle. Wenn der Versuch auch vor dem Kriege gescheitert sei, so brauche es jetzt doch nicht wieder so zu gehen. Die Stadt sei doch auch selber Mitglied des Unteren Vereinsverbandes! Auch in dieser Eigenschaft solle sie in ihm für den städtischen Nachweis wirken. Stadtv. Hartmann erklärte, es sei die Pflicht der Stadtverordnetenversammlung, auszusprechen, daß die Stadt die Pflicht habe, beim Arbeitsnachweis mitzuwirken. Die Reichsregierung wolle ebenfalls die Erfüllung dieser Pflicht der Gemeinden. Es müsse aber schon freiwillig und guten Herzens geschehen. Ohne weitere Bemerkungen wurde die wichtige Eingabe dem Magistrat, trotz seiner im Kriege wirklich nicht zu erwartenden Absage, zur — Berücksichtigung überbieten.

Zur Arbeitslosenunterstützung.

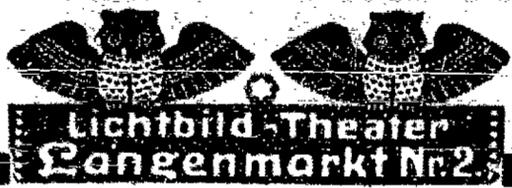
Die staatliche Unterstützung ist den Angehörigen der Krieger nur bei vorliegender Bedürftigkeit zu zahlen. Diese ist aber nicht, wie es in Danzig leider viel zu lange geschehen ist, im armenrechtlichen Sinne zu beurteilen. Inzwischen ist das auch durch Schaffung der Bestimmung, nach der die hier gemeinte Bedürftigkeit nach bestimmten Einkommensgrenzen festzusetzen ist, einwandfrei hergestellt. Dagegen blieb noch vielfach die Frage offen, ob Unterstützungen, die von Arbeitgebern gewährt werden, auf die Reichsunterstützung angerechnet werden dürfen. Hierzu teilte das Berliner Tageblatt in der Nr. 495 am 27. September morgens mit, daß die Reichsregierung diese Anrechnung ablehnt. Solche privaten Unterstützungen könnten höchstens unter gewissen Umständen und in bestimmten Fällen auf die Zuschüsse der Gemeinden angerechnet werden. Da die Stadt Danzig diese leider noch immer nicht gewährt, so ist hier eine Anrechnung unter keinen Umständen zulässig.

Hierzu zwei Beilagen.

Verantwortlicher Redakteur A. Bartel, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Der Feind lauert gespannt

auf das Ergebnis der Kriegsanleihe, denn seine letzte Hoffnung ist, uns wenigstens wirtschaftlich niederzuringen. Doch diese Hoffnung muß ebenfalls zerschanden werden. Drum sorge jeder nach seinen Kräften für einen vollen Erfolg der Kriegsanleihe — auch auf die kleinste Zeichnung kommt es an. Zeigt der Welt, daß wir nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich nach wie vor auf festen Füßen stehen!



**Lichtbild-Theater
Langenmarkt Nr. 2**

**Spiel-Plan
vom 29. Septbr. bis 5. Oktober**

Ein Ereignis für Danzig.

Das beste deutsche Lustspiel

Der Sekretär der Königin

4 Akte

Verfaßt und inszeniert von Robert Wiene.

„Der Sekretär der Königin“ erzielte bei seiner Uraufführung im Mozartsaal-Berlin 4 Wochen lang bei täglich anverkauftem Hause einen stürmischen Lacherfolg

Hänschens Brüderchen

Reizender Film aus unserer beliebten Kinderserie

Der zweite Schlager dieser Woche:

**Ein amerikanisches
Sensations-Drama**

364

Und keiner weiß, woher sie kam!

Soziales Drama in 4 Akten
nach dem berühmten Roman von Thomas Page.

Die neuesten Kriegsberichte

Echt
gefälschten
garant. rein.

Schnupftabak offen
riecht

Julius Gosda, Hochabgabegroßhandlung
und Schnupftabakfabrik.

Danzig, Ecke Häfergasse 5 u. 2. Driestergasse 5. Fernspr. 2428

Jungstädtisches Gesellschaftshaus

Bes. Aug. Schmidtke Schichaugasse Nr. 6

3 Minuten vom Hauptbahnhof!

Sonntag den 1. Oktober 1916

2 Grosse 2
Eröffnungs-Vorstellungen

**DINSE'S Familien-
Programm!**

mit Musik : Gesang : Spezialitäten : Possen

4 am **8**
Uhr und Uhr

Besonders hervorzuheben

Hannöver-Duo! Verwandlungs-Duett mit tan-
zenden Hunden
Weissense II Der württembergische
Kreftmgrech
Rügamer III Grotask-Komiker u. A. mehr 369

Preise der Plätze ausschliesslich Billettsteuer:

Spreesitz 75 Pf., Saalplatz 50 Pf.
:: Kinder 40 Pf. und 25 Pf. ::

Montag den 2. Oktober 1916 sowie täglich
Dinse's Familien-Vorstellungen Wochentags Anfang
8 1/4 Uhr

Der
Neue-Welt-Kalender für 1917

ist für 50 Pf. (nach auswärts 10 Pf. Porto) zu beziehen durch die
Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32

Arbeiter-Jugend Danzig

Herbst-Feier

am 8. Oktober, abends 6 Uhr, im Bürgergarten
Ww. Steppuhn. 367

Das Programm enthält:

Musikvorträge, Reigen und Gesänge
der Jugend, Lieder zur Laute, Dialekt-
Vorträge und 2 altdeutsche Schwänke

Eintritt Erwachsene 30 Pf. Jugendliche 15 Pf.

APOLLO - THEATER

III. Damm Nr. 3

Spielplan vom 30. September bis 2. Oktober 1916

Die weiße Taube. Sensationsdrama in 3 Akten
Ihr Strandgut Ein Seodrama in 2 Akten

Wem gehört das Hemd? Reizend. Komödie in 2 Akten
Ein Zimmer zu vermieten Humoreske

**Einzug der U-Deutschland und Eiko-Wecke-
Kriegsausgabe,** Aktuell

Eifersucht ist eine Leidenschaft, Sehr humorist.

Sonabend 4 Uhr, Sonntag 3 Uhr nachmittags:
Grosse Jugend- und Schüler-Vorstellung
mit besonders schönem Programm.

Die Dienststunden

der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig

(Sind bis auf weiteres auf 8-1 Uhr vormittags und 8-6 Uhr nach-
mittags, am Sonnabend auf die Zeit von 8 Uhr vormittags
2 Uhr nachmittags festgelegt.)

Die Kasse ist für Ein- und Auszahlungen von 9-1 Uhr geöffnet.

Der Vorstand

der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig
Sopengasse Nr. 52.



Der wahre Jakob Farblich-illustrierte Zeitschrift
für Humor und Satire
Alle anderen Werke, Bücher und Zeitschriften erhältlich
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32

Moderne Kinder-Kleidung

Für Knaben

Schul-Anzüge aus strapazierfähigen feinen Stoffen
für das Alter von 6-11 Jahren 33.00 27.00 21.00 16.00 **12⁵⁰**

Schul-Anzüge aus strapazierfähigen halbdar-
statten 42.00 36.00 28.00 23.00 **18⁰⁰**

Original Kieler Anzüge aus strapazierfähigen guten Mischungen von Wolle und Baumwolle
65.00 53.00 42.00 36.00 **24⁰⁰**

Marine Jugendwehrjacken in verschleißwideriger Ausführung 66.00 51.00 45.00 39.00 **27⁰⁰**

Knaben-Mäntel u. -Jacken aus schweren warmen Stoffen blau und farbig
57.00 48.00 36.00 27.00 **21⁰⁰**

Kittel-Anzüge in geschmackvoller Ausführung 33.00 28.00 22.50 18.00 **13⁵⁰**

Für Mädchen

Herbst- und Winter-Mäntel mod. Formen aus besseren Stoffen 72.00 63.00 54.00 45.00 **32⁰⁰**

Schul-Mäntel und Pelerinen aus praktischen imprägn. Lodenstoffen 27.00 23.00 18.00 **13⁰⁰**

Mädchen-Kleider aus durchweg soliden
blauen u. farbigen Stoffen in geschmackvollster neuester Form
62.00 51.00 42.00 33.00 **22⁰⁰**

Weisse Mädchen-Kleider aus besseren Stickerei-Stoffen 42.00 36.00 27.00 **18⁰⁰**

Baby-Kleidchen u. Mäntel aus Velour und aus guten Wollstoffen 42.00 35.00 27.00 **18⁰⁰**

Kittel-Kleidchen aus wollenen und aus
waschbaren Baumwollstoffen 19.50 15.00 10.50 **4⁵⁰**

Walter & Fleck

Abteilung Kinder-Kleidung.